100. Geburtstag Albert Einsteins Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 11 vom 16. März 1979 13. Jahrgang 50 Pfennig



RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
S2D3426

Bonn will Nazi-Verbrechen verharmlosen

Verjährung von Nazi-Verbrechen? Niemals!

Die Absicht der Bonner Politiker, jetzt grünes Licht für die endgültige Verjährung von Nazi-Verbrechen zu geben, hat unter allen Antifaschisten und Demokraten heftigen Protest hervorgerufen. Nicht nur im Inland, auch unter unseren Nachbarvölkern hat dieser ungeheuerliche Versuch Bonns, den Nazi-Faschismus in Schutz zu nehmen, Empörung ausgelöst. Angesichts dieser Lage wächst unter den Politikern der Bonner Parteien die Neigung für einen faulen Kompromiß, der darin besteht, nicht die Verjährungsfrist für Nazi-Verbrechen aufzuheben, sondern stattdessen für Mord schlechthin.

Für diese „Lösung" hat sich in der vergangenen Woche erstmalig auch Bundeskanzler Schmidt ausgesprochen. Die Verjährungsfrage liegt den Herren in Bonn schwer im Magen. Dazu hat sicherlich auch die starke Reaktion und Diskussion beigetragen, die durch den Fernsehfilm „Holocaust" im werktätigen Volk und in der Jugend ausgelöst wurde.

Aber schon vor „Holocaust" hatte sich eine breite Protestbewegung gegen die zunehmende Faschisierung im Bonner Staat entwickelt. Viele Demokraten empörten sich besonders auch gegen das staatlich geduldete, ja geförderte, zunehmend dreistere Treiben alter und neuer Nazis. Eine der Forderungen, die bei zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen von Antifaschisten und Demokraten erhoben wurde: „Keine Verjährung der Nazi-Verbrechen!"

Wenn Bonn jetzt in Erwägung zieht, die Verjährung für „Mord schlechthin" aufzuheben, so geht dies einerseits auf den Druck der antifaschistisch-demokratischen Bewegung zurück. Andererseits aber zeigt sich daran auch, daß Bonn nach wie vor den offenen Faschisten, den alten und neuen Nazis Rükkendeckung gibt.

Deshalb müssen die Antifaschisten ihren Kampf weiter verstärken. Alle Bürger unseres Landes, denen es ernst ist mit dem Eintreten für Freiheit und Demokratie, müssen in den Ruf einstimmen: **Verjährung von Nazi-Verbrechen? — Niemals!**



Fusion: VW kauft Schreibmaschinenfirma

Preiserhöhungen für Autos bekräftigt

Wie in der letzten Woche bekannt wurde, hat der VW-Konzern die Aktienmehrheit (55 Prozent) der westdeutschen Schreibmaschinenfirma Triumph-Adler gekauft. Triumph-Adler hat einen Jahresumsatz von 1,1 Milliarden Mark.

Über den Kaufpreis machte VW keine Angaben; nach Angaben aus der bürgerlichen Presse dürften die geleisteten Zahlungen aber bei 400 Millionen Mark liegen.

In den letzten Jahren hatte der staatseigene VW-Konzern Profite in Höhe von sechs Milliarden Mark gemacht. Mit diesem Geld versucht der Konzern seit einiger Zeit, in andere Branchen einzusteigen und so seine wirtschaftliche Macht zu vergrößern. Nach vergeblichen Versuchen, zuerst den Gute-Hoffnungs-Hütte-Konzern und dann die Nixdorf Computer AG zu übernehmen, kam nun der Kauf der Schreibmaschinenfirma zustande.

In der letzten Woche wurden auch vom VW-Konzernchef Schmücker die angekündigten Preiserhöhungen nochmals bekräftigt. Die Preise für VW- und Audi-Modelle werden danach um durchschnittlich 2,9 Prozent steigen. Erst im Mai 1978 waren Preiserhöhungen von 3,5 Prozent vorgenommen worden. Über seine Konzerne dreht der Staat kräftig an den Preisen mit!

Bauern gegen EG

Aus Protest gegen die reaktionäre Agrarpolitik der EG haben in der vergangenen Woche Bauern aus Nordfrankreich mehrere mit Rindfleisch beladene Transporter aus der Bundesrepublik gestoppt, das Fleisch mit Benzin übergossen und verbrannt.

Bundesregierung berät über Gorleben

In dieser Woche finden im Bonner Kabinett Beratungen über das geplante Atommülllager in Gorleben statt. Es wird mit einer baldigen Aufnahme der Probebohrungen gerechnet. Gegen diese Pläne haben die Bauern aus der Gegend von Gorleben in der letzten Zeit eine Reihe von Protestaktionen durchgeführt. (Siehe auch Artikel auf Seite 3.)



Seveso im Hessischen Ried?

Kette von Umweltskandalen



Giftmüllsee bei München-Freimann

Auch in der letzten Woche rissen die Meldungen über Umweltvergiftungen und Skandale nicht ab.

- Im Hessischen Ried wurden in der Umgebung der Chemiefirma Merck neben dem Hexachlorcyclohexan (HCH) nun auch Chlorbenzole gefunden. Vermutlich befinden sich 1.000 Tonnen dieser grundwassergefährlichen und krebsfördernden Substanzen unter dem Merck-Werksgelände. Nicht auszuschließen ist jetzt auch, daß sich Dioxin, das gefährlichste aller Umweltgifte, im Merck-Müll befindet. Dioxin hatte in Seveso zu einer Katastrophe geführt.
- Auch in Darmstadt-Weiterstadt wurde HCH in der Milch aus einem landwirtschaftlichen Betrieb gefunden. Der Bauer gab an, er habe seinen Kühen Futter gegeben, das von Flächen stamme, auf die die Firma Merck in den fünfziger und sechziger Jahren Abwässer ungeklärt habe verrieseln lassen.
- In der Umgebung Münchens wurden seit Jahren Felder mit Abfällen gedüngt, die aus der städtischen Müllbeseitigung stammen und einen hohen Anteil an hochgiftigem Cadmium enthalten. Über die Herkunft des giftigen Schwermetalls machen die Behörden keine Angaben; vermutlich stammt es aus Fabriken.
- Ebenfalls cadmiumverseucht ist der Neckarschlamm. Die Verseuchung wurde bereits 1973 entdeckt. In der letzten Woche nun erließ der baden-württembergische Umweltminister ein absolutes Anbauverbot für die durch den Neckarschlamm verseuchten Felder der Orte Lauffen und Horkheim.

Carter in Nahost

Der amerikanische Präsident Carter setzte in den letzten Tagen die schon in Camp David begonnenen Versuche fort, den reaktionären Pakt zwischen Washington und den Regimen von Israel und Ägypten endgültig zu besiegeln. Dieser Pakt soll vor allem den Einfluß der amerikanischen Imperialisten im Nahen Osten stärken.

Zugleich setzte Washington seine Machtdemonstrationen gegen die Völker dieser Region fort. So wurde zum Beispiel ein amerikanischer Truppenverband mit dem Flugzeugträger „Constellation" in die Gewässer am Persischen Golf beordert.



Der amerikanische Flugzeugträger „Constellation"

Bundeswehr-Soldaten in Afrika

Am vergangenen Freitag bestätigte der Sprecher des Bonner Kriegsministeriums, daß zur Zeit in fünf afrikanischen Ländern Bundeswehr-Soldaten im Einsatz sind. Unter diesen Ländern ist auch Somalia, das seit längerer Zeit in kriegerische Auseinandersetzungen mit dem Nachbarland Äthiopien verwickelt ist. In Bonn wurden zwar nur zivile Bereiche als Einsatzorte der Soldaten genannt. Die Tatsachen zeigen jedoch, daß man solchen Beteuerungen mit äußerster Vorsicht begegnen muß. So hat es etwa trotz aller Dementis auch umfangreiche Waffenlieferungen an das mit dem westlichen Imperialismus verbundene Somalia gegeben.

Besorgniserregend ist zudem die Tatsache, daß der Bundeswehreinsatz in Afrika noch ausgeweitet werden soll. Im Mai will Bonn auch nach Zaire Soldaten entsenden. Auf diesem Land lastet schwer der Terror des faschistischen Mobutu-Regimes. Zur Aufrechterhaltung der Herrschaft dieser imperialistischen Marionette sind vor kurzem schon belgische Fallschirmjäger nach Zaire entsandt worden. Bereits im vergangenen Jahr hatten ausländische Truppen in die Kämpfe in der Provinz Shaba eingegriffen. Gerade in Zaire besteht die Gefahr einer Bonner Beteiligung an den militärischen Aggressionen der westlichen Imperialisten.

Bundeswehr raus aus Afrika! Keine Stationierung von Soldaten im Ausland!

Trotz Rückzugserklärung aus Peking

Aggression gegen Vietnam wird fortgesetzt

Trotz mehrfacher Ankündigungen eines Rückzugs setzten die chinesischen Truppen auch zu Anfang der Woche ihre barbarische Aggression gegen Vietnam fort. Beobachter konnten nur an einigen Orten Rückzugsbewegungen erkennen, während sich die Aggressoren an anderen Orten eingruben oder neue Verwüstungen anrichteten. Selbst die westdeutsche Presseagentur dpa meldete, „daß sich der chinesische Rückzug nur phasenweise und sehr langsam" vollzieht.

Niemand kann heute schon sagen, wieviele Opfer die chinesische Aggression gekostet hat, wieviele Tote, Verkrüppelte, Verwundete auf den Schlachtfeldern und in den Dörfern Vietnams zurückbljeben, nachdem die Pekinger Führer sich angeschickt hatten, dem südlichen Nachbarn ihre imperialistische „Lektion" zu erteilen. Westliche Zeitungen führten einen Augenzeugen an, der erschüttert berichtete, er habe in der Grenzregion mehr Tote gesehen als während des letzten Krieges gegen das vietnamesische Volk, der von den Verbrechern in Washington geführt wurde. (Siehe auch Seite 10.)



Chinesische Invasionstruppen stürmen in die vietnamesische Stadt Cao Bang.

Kommentar

Auch Bundeskanzler Schmidt ist neuerdings in das Lager derjenigen Bundestagsabgeordneten, vorwiegend aus der SPD, eingeschwenkt, die für die Aufhebung der Verjährung sind. Gemeint ist hier aber nicht die Aufhebung der Verjährung von Nazi-Verbrechen, wie sie von allen Antifaschisten und Demokraten gefordert wird. Die Auf-

Das Bonner „Verjährungsproblem“

hebung der Verjährung nach Bonner Rezept sieht anders aus: Aufhebung der Verjährung von Mord „schlechthin“.

Warum gibt es für Bonn überhaupt ein „Verjährungsproblem“? Für jeden wahren Demokraten oder Antifaschisten, für jeden politisch denkenden Menschen, der die barbarische Herrschaft des Nazifaschismus und seine schrecklichen Verbrechen ehrlichen Herzens verabscheut, kann es doch überhaupt keine Frage sein, daß Nazi-Verbrechen niemals verjähren dürfen!

Es gibt für das Bonner „Verjährungsproblem“ nur eine Erklärung: Dieser Staat steht nicht auf antifaschistischen und demokratischen Grundlagen.

Und in der Tat hat der Bonner Staat bereits vom ersten Tag seiner Gründung an auf vielfältige Weise jede konsequente Abrechnung mit den Nazi-Verbrechen verhindert und sabotiert. Bekanntlich stiegen ja sogar Nazi-Verbrecher wie zum Beispiel ein gewisser Blutrichter bis in höchste Ämter dieses Staates auf.

Dieser Staat hat eine geradezu sprichwörtliche Scheu, reinen Tisch zu machen mit der dunklen Periode der nazifaschistischen Diktatur. Aber ist das eigentlich verwunderlich? Halten hinter den Kulissen Bonns doch die gleichen Kreise die Fäden der Macht in der Hand, die einst Adolf Hitler und seine Nazi-Partei großgefüttert und in den Sattel gehievt haben. Das sind die Herren der Banken und Monopole, die Finanzgewaltigen. Die Herrscher über Konzerne wie Siemens, Thyssen, Krupp, Mannesmann und andere.

Die Nazi-Diktatur war für sie der einzige Ausweg aus der verheerenden Wirtschaftskrise, die Ende der zwanziger-, Anfang der dreißiger Jahre die kapitalistische Welt und besonders Deutschland erschütterte. Diese Krise hatte Millionen Arbeiter und Werktätige politisch wachgerüttelt.

Und heute? Die Krise hat sich seit einigen Jahren wieder deutlich bemerkbar gemacht, wenn sie sich auch noch nicht im entferntesten so zugespitzt und verschärft hat. Aber schon wird das braune Gesindel immer offener gefördert. Wo die Neonazis auch immer ihre provokatorischen Aufmärsche abhalten: Wer dagegen protestiert, bekommt den Polizeiknüppel zu spüren. Nazistische Terroristen können in aller Öffentlichkeit paramilitärische Truppen aufbauen, den Bürgerkrieg gegen Demokraten proben, wie es die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ seit Jahren tut! Der Staat sieht diesem ungeheuerlichen Treiben tatenlos zu. Gleichzeitig rollt die Hitler-Welle. Gleichzeitig baut die Regierung die demokratischen Rechte ab. Gleichzeitig wird die Polizei zur Bürgerkriegsarmee aufgerüstet...

Bundeskanzler Schmidt sagte kürzlich in einem Interview mit dem französischen Fernsehen, das auch im deutschen Fernsehen gesendet wurde, der Nazi-Faschismus sei das Ergebnis von „Intoleranz und Verachtung des demokratischen Systems“ gewesen. Und Schmidt hatte keine Skrupel, den Terrorismus, den er auch noch mit den Linken in der Bundesrepublik in Verbindung brachte, als „heutige Form“ des Faschismus auszugeben.

Der politische Sachwalter der Kapitalistenklasse im Bonner Staat will uns also weismachen, von links komme die faschistische Gefahr. Merkwürdig! Gerade die Nazis haben doch auch stets gegen links gekämpft und versucht, alles auszurotten und zum Schweigen zu bringen, was irgendwie links war.

Herr Schmidt irrt sich aber, wenn er glaubt, er könnte mit seinen schamlosen Lügen und Verdrehungen verhindern, daß er und seinesgleichen durchschaut werden als das, was sie sind: Freunde und Beschützer der alten und neuen Faschisten und Einpeitscher der Faschisierung des Bonner Staates.

Daß sie sich weigern, die Verjährung von Nazi-Verbrechen aufzuheben und anstelle dessen von Mord „schlechthin“ reden, zeigt ihre ganze Heuchelei und ihre wirkliche Absicht. Sie wollen den Nazi-Faschismus aus der Schußlinie ziehen, wollen ihn verharmlosen und rehabilitieren.

Aus dem Inhalt

In Gorleben darf kein Entsorgungszentrum entstehen	3
Mitbestimmungsurteil: Wirtschaftsordnung nicht festgelegt	4
Ausbildungsvergütung im öffentlichen Dienst	4
Asbestspritzverfahren muß endlich verboten werden	4
ÖTV-Tarifrunde	4
GEW-Chef Frister will keinen Streik	5
Lehrer fordern 40-Stunden-Woche	5
Unikliniken in Mainz	6
Besonders hohe Arbeitslosigkeit in Westberlin	6
Haftentschädigung für SS-Sturmbannführer	7
Bonn setzt auf Spitzel	7
Trotz „Abschaffung“ der Regelanfrage: Weiterhin Anfragen beim Verfassungsschutz	7
Volkskorrespondenzen	8
100. Geburtstag Albert Einsteins	9
Die Terrorherrschaft des Pol-Pot-Regimes	10
Massenaufmarsch in Teheran	11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund, Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Zur Bundespräsidentenwahl

CDU/CSU nominiert Waffenschieber

Schmidt versucht Carstens reinzuwaschen

Am 5. März 1979 gegen 13 Uhr trafen im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn 419 Bundesversammlungsdelegierte der CDU zusammen. Etwa zur gleichen Zeit hatte CSU-Chef Strauß seine 112 Delegierten ins Münchner Landtagsgebäude zusammengetrommelt. Einziger Tagesordnungspunkt: Nominierung des CDU/CSU-Kandidaten für die am 23. Mai stattfindende Bundespräsidentenwahl; einziger Kandidat: der vierundsechzigjährige Prof. Dr. Karl Carstens, amtierender Bundestagspräsident. Der von CDU-Chef Kohl als „hervorragender Sachwalter und Repräsentant“ unseres Landes hochgejubelte Carstens wurde mit überwältigender Mehrheit zum Kandidaten der Unionsparteien gewählt, nur zwei CDU-Mitglieder enthielten sich der Stimme.

Da die CDU/CSU in der Bundesversammlung über die absolute Mehrheit verfügt, gilt es als sicher, daß der Bremer Professor Ende Mai zum Staatsoberhaupt gekürt wird.

Noch kurz zuvor war Carstens aufgrund zahlreicher Dokumente der Falschaussage überführt worden. Er hatte „vergessen“, daß er als Staatssekretär im Auswärtigen Amt, im Kriegsministerium und im Kanzleramt mehrfach mit Waffenschiebungen des Bundesnachrichtendienstes befaßt gewesen ist. (Wir berichteten darüber im RM Nr. 9.)

Als in den Jahren 1964 bis 1967 die Finanzbehörden ein Verfahren gegen den Waffenhändler Mertins wegen Verstoßes gegen die Steuergesetze einleiteten, ließ der in die Ecke gedrängte Mertins durchblikken, daß „höchste Regierungsstellen eingeweiht“ seien. Das Verfahren wurde aus Gründen der Staatsräson eingestellt.

Ähnlich lief es mit dem Zivilverfahren, das Carstens gegen den ehemaligen SPD-Abgeordneten Metzger angestrengt hatte. Carstens wollte Metzger per Gerichtsbeschluß verbieten lassen, ihn der Falschaussage in Sachen BND-Waffenschiebung zu bezichtigen.

Im Januar schaltete sich Bundeskanzler Schmidt ein. Resultat: Carstens zog seine Klage zurück und übernimmt sämtliche Prozeßkosten (mehrere zehntausend Mark); Metzger begnügt sich mit der Einstellung des Verfahrens.

Die Gründe sind offensichtlich: Zum einen kann Bonn sich kein Staatsoberhaupt leisten, dem gerichtlich Falschaussagen nachgewiesen sind, zum anderen ist heute die SPD als Regierungspartei für die Machenschaften des BND verantwortlich, und **sie hat verständlicherweise nicht das geringste Interesse, daß bei einer weiteren Ermittlung auch ihre Verstrickung in Waffenschiebereien und andere finstere Geschäfte ans Tageslicht kommen.**

Bundeskanzler Schmidt beeilte sich denn auch, Karl Carstens das volle Vertrauen auszusprechen, ihm zu versichern, er habe Verständnis für die Gedächtnislücken eines vielbeschäftigten Mannes.

Carstens revanchierte sich zugleich, indem er betonte, sollte er Präsident werden, so sehe er das nicht als Signal für einen Machtwechsel in Bonn an.

Mit Carstens hat ein Mann der extremen Rechten, ein Scharfmacher und übler Reaktionär, die besten Chancen, im Mai Bundespräsident zu werden.

Fernsehdiskussion Kohl

ZDF verlangt Namen der holländischen Teilnehmer



Ein „freiheitlich-demokratischer“ Politiker stellt sich den Fragen der Bürger

Das ZDF hat die Herausgabe der Namen der 140 Niederländer verlangt, die am 22. Februar in einem Den Haager Fernsehstudio bei der Diskussion mit dem CDU-Vorsitzenden Kohl anwesend waren. Dies ist ein weiterer Schritt in der chauvinistischen Kampagne gegen Holland, die im Gefolge der Fernsehdiskussion gestartet wurde; es ist ein Versuch, dem Nachbarstaat die Polizei-Vorstellungen der Bonner Politiker aufzuzwingen. Das zuständige niederländische Sekretariat lehnte das Ansinnen des ZDF ab.

Am 22. Februar hatten niederländische Studiogäste den CDU-Vorsitzenden Kohl während der Sendung „Bürger fragen — Politiker antworten“ mit kritischen Fragen in die Enge getrieben. Sie fragten Kohl nach dem Abbau demokratischer Rechte in der Bundesrepublik, nach dem Radikalenerlaß, der Isolationsfolter, den „Selbstmorden“ von Stammheim, dem Paragraphen 218 und der Stationierung von Neutronenwaffen auf westdeutschem Gebiet. Dies war nach Bonner Maßstäben jedoch schon zuviel der Kritik. Neben der chauvinistischen Kampagne gegen die Niederlande leiteten zahlreiche Politiker — vor allem der CDU/CSU — Anstrengungen zu einem weiteren Abbau der Pressefreiheit in Rundfunk und Fernsehen ein.

So forderte der CSU-Vorsitzende Strauß den Rücktritt des ZDF-Chefredakteurs Appel. Die Forderung des ZDF nach Auslieferung der 140 Namen ist unter anderem als eine Reaktion auf den zunehmenden politischen Druck zu sehen.

Fusion Veba-BP perfekt

Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff hat nun der Deutschen BP AG und der Veba AG die Ausnahmegenehmigung für den Zusammenschluß erteilt. Es handelt sich dabei um eine Beteiligungstransaktion im Wert von 830 Millionen Mark. Die Vereinbarung zwischen den beiden Energiekonzernen sieht vor, daß die Veba ihre 96prozentige Beteiligung an der Gelsenberg AG an die westdeutsche Niederlassung des britischen Ölmultis BP abgibt.

Die beabsichtigte Fusion war im Juni 1978 bekanntgegeben worden. Das Kartellamt aber lehnte — wie auch die Monopolkommission der EG — die Fusion ab. Daraufhin drohten die Konzerne mit der Vernichtung von 1.500 Arbeitsplätzen; sie drohten, ihre Raffinerien in Hamburg und Gelsenkirchen zu schließen, wenn ihr Zusammenschluß nicht genehmigt würde.

In der letzten Woche nun wurde — nachdem schon die EG-Kommission klein beigegeben hatte — eine sogenannte Ministererlaubnis ausgesprochen. Die Fusion stärkt die Monopolstellung der beiden Energiekonzerne erheblich. Unter anderem bekommt der Ölmulti BP die Essener Ruhrgas AG unter seine Fittiche, was ihm eine beherrschende Stellung auf den Kohle- und Gasmärkten der Bundesrepublik sichert. Daran können auch gewisse „Auflagen“, die Lambsdorff aus kosmetischen Gründen mit seiner „Ministererlaubnis“ verknüpft hat, nichts ändern.

Demonstration gegen die Aggression Chinas

500 Menschen beteiligten sich am vergangenen Mittwoch in Hamburg an einer Demonstration gegen den chinesischen Überfall auf Vietnam. Sie forderten den sofortigen und bedingungslosen Abzug der chinesischen Aggressionstruppen. Aufgerufen zu der Demonstration hatten unsere Partei und der KB. Auf der Abschlußkundgebung verurteilte der Redner der KPD/ML den brutalen Terrorakt der Pekinger Führer. Er stellte unter anderem auch den Zusammenhang der konterrevolutionären Politik Pekings mit den sogenannten Mao-Tsetung-Ideen heraus und betonte, daß die sowjetische Supermacht in Indochina eine ebensolche reaktionäre und volksfeindliche Rolle spielt wie die chinesischen Revisionisten.

Sicherheitspolitische Debatte im Bundestag

Als der Verräter Chruschtschow seinerzeit den amerikanischen Präsidenten Eisenhower umarmte und abküßte und damit die vollständige Kapitulation der ehemals sozialistischen Sowjetunion vor dem Imperialismus besiegelte, hatte er gleichzeitig eine Theorie gefunden, die die westlichen Imperialisten in zwei Lager aufteilte, die aggressiven und die friedliebenden.

Auf den allerersten Blick scheint die Bundestagsdebatte diese Theorie zu bestätigen.

Da ist auf der einen Seite die offen revanchistische CDU/CSU, die unmißverständlich die sofortige Stationierung amerikanischer Atomraketen auf deutschem Boden fordert und die SPD/FDP-Regierung auf das heftigste angreift indem sie ihr vorwirft, sie würde den aggressiven Charakter der Sowjetunion unterschätzen und so das Vaterland in Gefahr bringen.

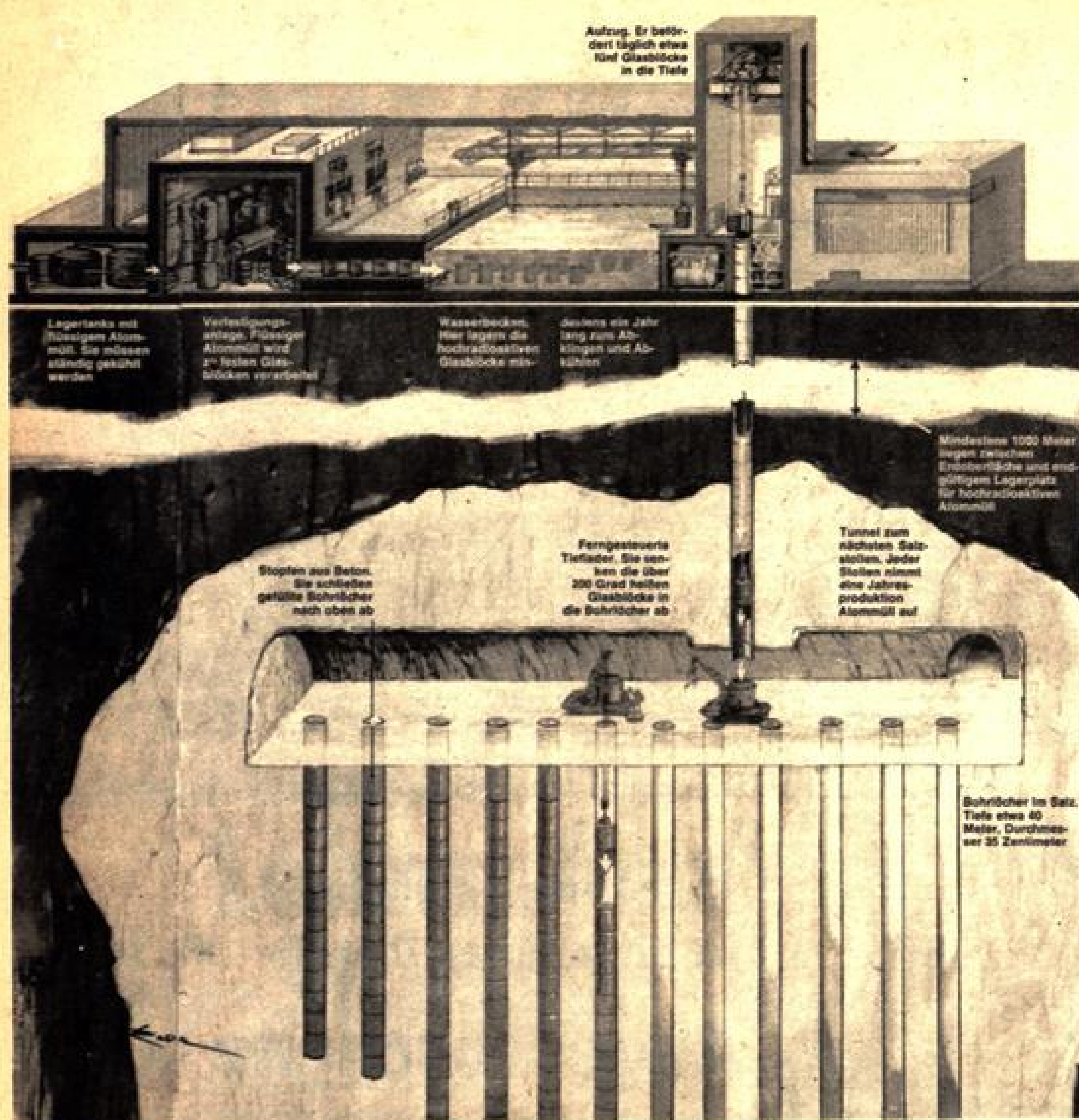
Nun — in Wirklichkeit hat die Regierung keineswegs die Stationierung neuer Raketen abgelehnt, auch ist die Regierung nicht so dumm, den aggressiven Charakter der Sowjetunion nicht zu erkennen.

Sie zieht es nur gegenwärtig vor, ihren Einfluß auf politischem und vor allem wirtschaftlichem Gebiet in der Sowjetunion und den übrigen Ostblockstaaten zu verstärken, was durch einen allzu offenen Konfrontationskurs, wie ihn die CDU/CSU fordert, erschwert würde.

So hoffen sie, Moskau das eine oder andere Zugeständnis abzulocken, um letztlich den Boden für ihre weitreichenden, revanchistischen Ziele besser vorzubereiten.

Zitat der Woche

„Sollte China eines Tages seine Farbe wechseln, selbst zur Supermacht werden, den Tyrannen in der Welt spielen und überall andere zum Opfer seiner Aggression und Ausbeutung machen, dann müssen die Völker es als Sozialimperialismus anprangern und diesen gemeinsam mit dem chinesischen Volk umstürzen“ (Deng Xiaoping am 10. April 1974 vor der UNO-Vollversammlung in New York).



Die Schemazeichnung zeigt, wie radioaktiver Atommüll mit Glas zu zylinderförmigen Blöcken verschmolzen und dann im Salzstock unter der Plutoniumfabrik gelagert wird. In mehr als 1.000 Meter Tiefe klingt die Radioaktivität allmählich ab — in Tausenden von Jahren.

In Gorleben darf kein „Entsorgungszentrum" entstehen!

Mit den Bohrungen beginnen die Bauarbeiten

In der Nähe des Dorfes Gorleben im niedersächsischen Kreis Lüchow-Dannenberg, in einer der schönsten Naturlandschaften Westdeutschlands, wird demnächst eine Serie von Bohrungen beginnen. Die Bohrungen sind erste Vorbereitungsarbeiten für den Bau der berüchtigten Atom-Entsorgungsanlage Gorleben, die von der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) betrieben werden soll. Der Beginn der Bohrungen wird geheimgehalten, nicht ohne Grund. Die Geheimhaltung ist eine der Maßnahmen, mit der die Verantwortlichen dem wachsenden Widerstand aus der Bevölkerung begegnen, mit denen sie sich auf die gefürchtete „Schlacht um Gorleben" vorbereiten wollen. Wobei der pathetische Ausdruck „Schlacht um Gorleben" sogar noch untertrieben ist. Denn es geht in Gorleben nicht nur um den Bau *einer* Kernenergieanlage, wenn auch von gigantischen Ausmaßen; es geht um das Atomenergieprogramm in der Bundesrepublik überhaupt.

Mit der in Gorleben geplanten nuklearen Entsorgungsanlage steht und fällt die gesamte Kernenergiepolitik der Bundesregierung in Westdeutschland. Die Kernkraftwerke können auf die Dauer nur produzieren, wenn der atomare Müll, der bei der Kernenergie-Erzeugung anfällt, auch entsprechend beseitigt werden kann. Die „Entsorgung" ist bis heute für die bundesdeutschen Kernkraftwerke nicht gesichert. Schon jetzt sind die Lagerstätten der Atommeiler mit abgebrannten, aber immer noch hochgradig strahlenden Brennelementen überfüllt. Das Kernkraftwerk Biblis zum Beispiel kann die gegenwärtig eingefahrenen Brennelemente schon nicht mehr auswechseln, wenn es nicht eine Sondergenehmigung zur Erhöhung seiner Lagerkapazitäten erhält. „Wenn wir nicht bald eine End-Lagerstätte finden, müssen wir die Kernkraftwerke abschalten", befand Bundesinnenminister Baum. Und Bundeskanzler Schmidt bestätigte: Ohne ein Entsorgungszentrum „gibt es hierzulande auch keine Kernenergie."

Gigantisches Ausmaß — gigantische Umweltzerstörung

In dem geplanten Entsorgungszentrum Gorleben soll radioaktiver Müll aufbereitet und dann in einen Salzstock, 1.000 Meter unter der Erdoberfläche, eingelagert werden. Die in Gorleben eintreffenden verbrauchten Brennelemente werden zunächst in Uran, Plutonium und Müll zerlegt. Aus Uran und Plutonium wird neuer Kernbrennstoff für die Kernkraftwerke hergestellt. Auf diese Weise soll in Zukunft einmal ein Drittel des gesamten Bedarfs der Bundesrepublik an Kernbrennstoff gedeckt werden; allein diese Angabe vermittelt eine Vorstellung von der Größe des mit der Wiederaufbereitungsanlage verbundenen Geschäfts. Der bei der Aufspaltung endgültig zurückbleibende Müll wird in Glas, Bitumen oder Beton eingegossen, gekühlt, zwischengelagert, schließlich in den Salzstock eingefahren und dort in Bohrlöchern im Salz endgelagert. Dieser Müll ist immer noch hochaktiv; er gibt noch über 1.000 Jahre lang gefährliche radioaktive Strahlung ab.

Das Entsorgungszentrum Gorleben soll gigantische Ausmaße annehmen; es soll der größte Industrieneubau in der Geschichte Europas werden. Allein das Müllbergwerk in der Tiefe des Salzstocks wird mit 1,5 Milliarden Mark veranschlagt, die Anlage über Tage mit 10 Milliarden Mark. Nach dem Willen der Verantwortlichen soll sich einmal am Ufer der Elbe, dicht an der Grenze zur DDR, ein ausgedehntes Areal fensterloser, bis zu 60 Meter hoher Betonbunker erheben.

Schon allein die Errichtung dieser Atomanlage würde eine Umweltzerstörung ungeheuren Ausmaßes bedeuten. In einer Resolution betroffener Bauern vom 7. 2. 1979 heißt es: „Uns Landwirten geht durch den Bau der WAA [Wiederaufbereitungsanlage] und ihre Versorgungseinrichtungen über 1.000 Hektar land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche verloren. Das ist die Existenzgrundlage von mindestens 20 mittleren Betrieben. Weiterhin drohen uns unzumutbare Belastungen durch: Flächenzerschneidung, autobahnartiges Verkehrsaufkommen, Grundwasserabsenkungen und der sichere Rufmord unserer landwirtschaftlichen Produkte."



Ähnlich wie diese Kalihalde bei Hannover werden die Abraumhalden bei Gorleben aussehen.

Für den Bau und Betrieb des Entsorgungszentrums müßten neue Straßen, Gleise und Hochspannungsleitungen gebaut werden; 14 Ortschaften müßten Umgehungsstraßen erhalten. Die Straßen des Kreises würden täglich mit 450 bis 600 zusätzlichen LKW-Fahrten belastet. Um die riesigen Betonanlagen zu errichten, müßten aus den Kies- und Sandgruben des Kreises 2,4 Millionen Kubikmeter Kies und Sand entnommen werden. Der Abraum aus dem Salzstock wird zu riesigen, unbepflanzbaren Salzhalden aufgeschüttet werden; der Raubbau am Grundwasser wird zu einer Grundwassersenkung um rund 40 Meter und zu einer Versteppung der Landschaft rund um das Entsorgungszentrum führen.

Plutoniumfabrik — Todesfabrik

Die Belastungen und die Gefahren, die schließlich der Betrieb der Atomfabrik selbst mit sich bringt, übertreffen noch die genannten Umweltbelastungen. Jährlich sollen in Gorleben 1.400 Tonnen abgebrannter Brennelemente bearbeitet werden, wobei 14 Tonnen Plutonium anfallen. Damit werden große Mengen einer der giftigsten Substanzen, die die Menschheit kennt, an einer Stelle konzentriert. Plutonium ist gleichzeitig Grundstoff für Atombomben. Ein Erdbeben, ein Ausfall der Kühlanlagen, ein Beschuß oder eine Bombardierung im Falle eines Krieges, hätte unabsehbare Folgen.

Die Plutoniumkonzentration ist besonders beängstigend angesichts der mit hohen Unsicherheiten behafteten Wiederaufbereitungstechnik. Es gibt bis heute keine Entsorgungsanlage in der Welt, die über das Experimentierstadium hinausgekommen wäre. Die europäischen Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague (Frankreich) und Windscale (England) weisen eine enorm hohe Rate von Stör- und Unglücksfällen auf (siehe Kasten auf dieser Seite). Mit welch hoher anfallender Strahlung im geplanten Entsorgungszentrum Gorleben gerechnet wird, ist schon daraus zu entnehmen, daß für einzelne Fabrikteile eine Lebensdauer von 25 Jahren, in einigen Bereichen nur von 7 Jahren gerechnet wird. Dann müssen die Fabrikteile „entseucht" und zum Teil abgebaut und in den Salzstock eingelagert werden. Man muß damit rechnen, daß aus dem Entsorgungszentrum 1000mal (!) soviel Radioaktivität an die Luft abgegeben wird wie aus einem Atomkraftwerk bei Normalbetrieb. Arbeitet die Plutoniumfabrik erst einmal, dann werden durch das gesamte Bundesgebiet — teils über Straßen — radioaktive Brennelemente transportiert werden, daneben in großem Umfang Sprengstoff, brennbare und hochexplosive Stoffe wie leichtes Heizöl, Kerosin, Wasserstoff, Methan, und chemische Stoffe wie Salpetersäure und Natronlauge.

Bei der Wiederaufbereitung entstehen in großen Mengen die radioaktiven Gase Krypton 85 und Jod 129; außerdem wird täglich ein Güterwagen voll radioaktivem, tritiumhaltigem Wasser anfallen. Wie die Bürgerinitiativen erfahren haben, soll dieses Abwasser an vier Stellen des Landkreises in 2.000 bis 4.000 Meter Tiefe in poröses Gestein verpreßt werden. Dies erfordert neue Fabrikanlagen. Die Bürgerinitiativen haben berechtigten Zweifel geäußert, ob das verseuchte Wasser wirklich auf alle Zeit von der Erdoberfläche abgeschlossen bleibt.

Der Salzstock unter dem Gebiet von Gorleben ist nach Angaben der Behörden „eignungshöffig", das heißt, es soll sich um „Steinsalzzonen ausreichender Größe und Reinheit" handeln, in welche radioaktive Abfälle bedenkenlos eingelagert werden können. An diesem Befund werden von Wissenschaftlern immer eindringlicher Zweifel angemeldet.

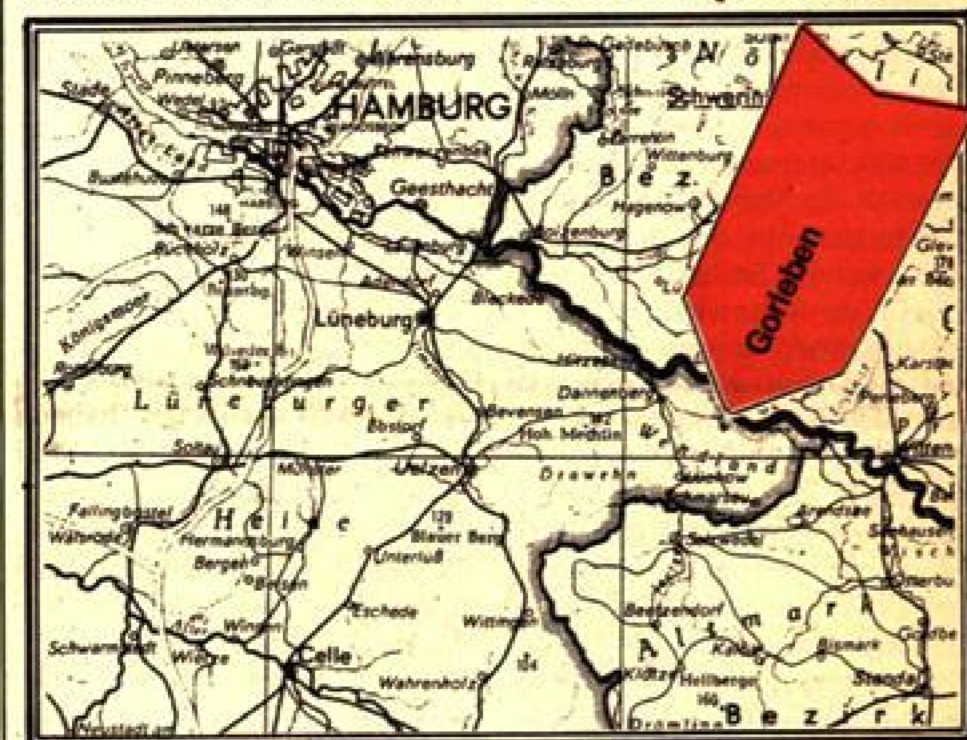
Der radioaktive Müll, der in den unterirdischen Bohrlöchern eingelagert wird, gibt neben der radioaktiven Strahlung noch auf lange Zeit eine enorme Hitze ab. Im Salz enthaltenes Wasser kann dadurch zum Verdampfen gebracht werden; es entstehen Risse, die durch Erdbewegungen vergrößert werden können. Daß solche Erdbewegungen im Gebiet von Gorleben nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich sind, hat der Hamburger Geologe Eckhard Grimmel nachgewiesen (siehe Kasten auf dieser Seite).

Denkmal der Menschenverachtung

Die Einwände der Wissenschaftler, vor allem Grimmels, haben verantwortliche Politiker wie zum Beispiel der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht, bisher mit leichter Hand vom Tisch gefegt. Die Bohrungen beginnen trotzdem. Nichts zeigt deutlicher die ganze Menschenverachtung und Skrupellosigkeit, mit der die Verantwortlichen beim Bau ihrer Atomburgen zu Werke gehen.

Bezeichnend für das Vorgehen ist auch, daß das Entsorgungszentrum Gorleben auf einem Gebiet gebaut werden soll, das wie ein Dreieck in das Gebiet der DDR hineinragt. Die umwohnende DDR-Bevölkerung wird durch das Projekt unmittelbar mitgefährdet, in mancher Beziehung muß sie sogar die Hauptlast tragen. Die giftigen, womöglich auch radioaktiven Abgase, die aus dem 400 Meter hohen Schornstein in die Atmosphäre geblasen werden, gehen bei den über Deutschland vorherrschenden Westwinden überwiegend auf DDR-Gebiet nieder. Der Bevölkerung dort wird das von den Verantwortlichen wie selbstverständlich zugemutet. Hieran zeigt sich, was die Phrasen von „Selbstbestimmung", „Menschenwürde" und „Menschenrechten", die die westdeutschen Politiker so gern auf der Zunge führen, wirklich wert sind. (Wird fortgesetzt).

Im nächsten Roten Morgen unter anderem:
-Gorleben wird Staatsschutzgebiet
-Staatliche Vorbereitungen auf die Schlacht um Gorleben
-Kampf der Bevölkerung



Der Salzstock von Gorleben

Weder Risse noch Erdverschiebungen ausgeschlossen

„Der Salzstock in Gorleben zieht sich bis in die DDR nach Rambow in einer Länge von etwa 30 Kilometer und einer maximalen Breite von etwa 4 Kilometer hin. Nach Prof. Dr. Grimmel muß man mit Verschiebungen der Salzschichten rechnen, wodurch die Stabilität des Untergrundes in gefährlicher Weise verringert wird. So entstehen Spalten, die nicht mehr vom Salz ausgefüllt werden, Grundwasser dringt in die künstlich hergestellten Kavernen ein und überschwemmt den dort lagernden Atommüll. Weder Glas- noch Steinhüllen könnten dann das Wasser von dem Atommüll fernhalten und dieses radioaktive Grundwasser wird jegliches Leben verseuchen, mit dem es später in Berührung kommt.

Die Region Gorleben-Rambow ist auch keineswegs erdbebensicher. Das ist belegt durch Beben in alter und jüngerer Vergangenheit. Noch im Juni 1977 trat ein durch Erdbewegungen verursachtes Beben in der Lüneburger Heide auf. Die relativ jungen Gesteinsschichten heben und senken sich, so daß Risse und Spalten entstehen, wenn das Salz dem Druck nicht mehr standhalten kann.

Darum kann man die Frage, ob das Gebiet um Gorleben zur Einlagerung von radioaktiven Abfällen geeignet ist, nur mit NEIN beantworten, da weder Risse in den Salzschichten noch Erdverschiebungen ausgeschlossen werden können." (Aus einem Gorleben-Flugblatt.)

Schockierender Rekord

Atomfabriken in Europa

Die Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague in Frankreich und Windscale in England sind bedeutend kleiner als das für Gorleben geplante Projekt. Technisch sind sie aber durchaus vergleichbar.

Die Atomfabrik **La Hague** liegt im äußersten Nordwesten Frankreichs. Der „Stern" beschreibt ihr Funktionieren wie folgt: „Die Verseuchungsbilanz des Jahres davor [nämlich 1977]: 388 Unfälle mit äußerer oder innerer Verstrahlung von Arbeitern oder Räumen — im Durchschnitt mehr als einer pro Tag. Seit die Zahl der Pannen zwischen 1973 und 1975 von 280 auf 572 im Jahr emporschnellte, gibt die Werksleitung keine offiziellen Zahlen mehr bekannt. Dennoch kam heraus, daß seit Anfang 1977 ein schockierender Rekord aufgestellt wurde: In den vier Wochen vom 23. Januar bis zum 21. Feb[redacted] war nur ein einziger Tag unfallfrei. 42mal wurde Alarm gegeben. Fünfmal in einer Woche mußten die Hallen wegen zu hoher radioaktiver Verseuchung des Fußbodens geräumt werde" (Stern, 8. 2. 1978).

In der Wiederaufbereitungsanlage in **Windscale** in England liegt derjenige Teil der Anlage, der technologisch mit dem in Gorleben geplanten Projekt vergleichbar ist (Aufarbeitung von Leichtwasserbrennstäben), seit 1973 nach einem Unfall still. Zwischen 1952 und 1977 gab es in dem Werk insgesamt 177 Unfälle und Störanfälle. Bei einem Unfall wurden 35 Arbeiter verseucht. Ständig entstehen Lecks in den Tanks, und Filter fallen aus. Die Radioaktivität in den Nachbarorten ist 20mal höher als in anderen englischen Orten. Das Problem der Endlagerung ist völlig ungelöst.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

ÖTV-Tarifrunde

Eine glatte Provokation!

3,5 Prozent und 75 Mark mehr Urlaubsgeld angeboten

3,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt für die rund 2,2 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und eine Erhöhung des Urlaubsgeldes bei den Arbeitern und Angestellten um 75 Mark, bei den Auszubildenden um 40 Mark — das ist das Angebot von Bund, Ländern und Gemeinden für die laufende Tarifrunde im öffentlichen Dienst.

Für die Werktätigen im öffentlichen Dienst, die Arbeiter und unteren Angestellten, ist dieses Angebot eine glatte Provokation. Sogar die offizielle für dieses Jahr zu erwartende Preissteigerungsrate wird mit über 3 Prozent veranschlagt. Da die realen Lebenshaltungskosten jedoch stets erheblich steiler ansteigen, als aus der bürgerlichen Statistik ersichtlich ist, bedeuten 3,5 Prozent eine empfindliche Senkung des Realeinkommens.

Sollen etwa die Müllarbeiter, die Straßenbahnfahrer, die Arbeiter der Bundesbahn, die Krankenschwestern und -pfleger, die kleinen Verwaltungsangestellten bei den Gemeinden, beim Land oder Bund sich den Gürtel enger schnallen, damit dieser Staat den Unternehmern Milliardensummen als Subventionen für die Vernichtung von Arbeitsplätzen in den Rachen werfen kann? Sollen sie die Zeche für die wahnwitzigen Rüstungsausgaben Bonns bezahlen? Sollen sie einen sinkenden Lebensstandard hinnehmen, damit sich die Herren Abgeordneten noch maßlosere Diätenerhöhungen bewilligen können?

Ein solches unverfrorenes Angebot müßte man dem Innenminister Baum um die Ohren schlagen, daß es nur so fetzt! Den ÖTV-Bonzen jedoch kam es gar nicht in den Sinn, Protestmaßnahmen irgendwelcher Art in die Wege zu leiten. Stattdessen erlaubte sich Kluncker gegenüber der gewerkschaftlichen Basis die Frechheit, dieses Angebot als „verhandlungsfähig" zu bezeichnen.

Hat Herr Kluncker eigentlich eine reale Vorstellung davon, wie niedrig die Einkommen der einfachen Werktätigen im öffentlichen Dienst sind und was es heißt, damit über die Runden kommen zu müssen? Eins steht jedenfalls fest: Kluncker und die Bonzen, die ihn unterstützen, scheren sich in Wahrheit einen feuchten Dreck um die Interessen der hart arbeitenden Arbeiter und kleinen Angestellten im öffentlichen Dienst!

Kluncker ist ein Freund und Komplize der Bonner Minister. Wie diese Sachwalter der Kapitalisten in der Politik, so hält auch er es für recht und billig, daß die Reichen noch reicher werden und daß sich die arbeitenden Massen dafür den Gürtel enger schnallen müssen. Für diese zynische und arbeiterfeindliche Einstellung haben die Bonzen den Begriff „wirtschaftliches Verantwortungsbewußtsein" geprägt. Aus solch „wirtschaftlichem Verantwortungsbewußtsein" heraus haben Kluncker und Co. der Basis die 6,5-Prozent-Forderung aufs Auge gedrückt, wobei sie die innergewerkschaftliche Demokratie mit Füßen getreten haben.

Mit der 6,5-Prozent-Forderung wollen die ÖTV-Bonzen sich zu einem Niedrigabschluß, wie er der ausbeuterischen Unternehmerpolitik Bonns entspricht, abseilen. Die Herren denken wohl an einen Abschluß



so um vier Prozent herum und eine Erhöhung des Urlaubsgeldes um ca. 150 Mark.

Viele klassenbewußte, aktive Gewerkschafter in der ÖTV sind empört über die Verrätereien der Bonzen. Diese Kollegen müssen jetzt einen Kampf organisieren. Unmittelbares Ziel dabei muß sein: keinerlei Abstriche mehr von der 6,5-Prozent-Forderung und den 250 Mark mehr Urlaubsgeld.

Jetzt zu resignieren wäre grundfalsch. Damit würde man Kluncker und Konsorten zu einem leichten Spiel verhelfen. Nein. Jetzt müssen die oppositionellen Gewerkschafter sich gegen die Bonzen zusammenschließen und sich gleichzeitig auf die Mitgliederbasis stützen. Auf diese Weise, vor allem durch eine Mobilisierung der Kollegen im Betrieb, an der Basis, kann der vorprogrammierte Niedrig-Abschluß verhindert werden. Und dadurch kann zugleich auch die kämpferische Solidarität der Kollegen, ihre gewerkschaftliche Aktivität gestärkt werden.

Mörderischer Kapitalismus!

Asbest-Spritzverfahren muß endlich verboten werden!

Nach wie vor sterben immer mehr Arbeiter den „Asbesttod". Der letzte bekanntgewordene Fall: Ein 44jähriger Arbeiter, Vater von zwei Kindern, starb im August vergangenen Jahres an Asbestose (Asbestose wird die meist mit einem Krebsgeschwür verbundene Krankheit genannt, die durch Asbest hervorgerufen wird).

Der erwähnte 44jährige Kollege hatte von 1953 bis 1960 in einer Mülheimer Isolierfabrik gearbeitet, wo er Isolierspritzarbeiten mit Asbest ausführen mußte. In dieser Firma holten sich noch acht weitere Arbeiter die tödliche Krankheit.

Asbest wird in den verschiedensten Industriezweigen verarbeitet. Wer Asbeststaub über längere Zeit einatmet, ist hochgradig gefährdet. Aber auch bei relativ kurzfristiger Beschäftigung an Asbest-Arbeitsplätzen kann der Stoff schon seine tödliche Wirkung entfalten. Infolge sehr geringer Fallgeschwindigkeit verbleibt der Asbeststaub lange Zeit schwebend in Arbeitsräumen und wird ständig eingeatmet.

Die Kapitalisten der Asbest-Industrie weigern sich, auf entsprechende Ersatzstoffe umzustellen, obwohl das möglich wäre. Und seit Jahren weigert sich Bundesarbeitsminister Ehrenberg, ein Verbot des Asbestspritzverfahrens anzuordnen. Asbest ist noch nicht einmal auf die Liste der gefährlichen Arbeitsstoffe gesetzt worden.

So geht der Anstieg der asbestbedingten Berufskrankheiten weiter steil nach oben. Denn gegenüber ihrem Profit wiegt für die Kapitalisten das Leben eines Arbeitern nichts.

Ausbildungsvergütung im öffentlichen Dienst

Abgedroschene Lüge

Eine Unverschämtheit ist es, was Innenminister Baum den Auszubildenden anzubieten wagt. Ihre Ausbildungsvergütungen sollen nach Baums Angebot ebenfalls nur um 3,5 Prozent erhöht werden. Für einen Auszubildenden, der monatlich 600 Mark erhält, wären dies ganze 21 Mark mehr.

Dabei muß man noch in Rechnung stellen, daß Anfang 1977 viele Auszubildende im öffentlichen Dienst statt einer Erhöhung der Ausbildungsvergütung eine Senkung beschert worden war. So wurde beispielsweise einem Teil der Krankenpflegeschüler die Ausbildungsvergütung bis zu 10 Prozent gekürzt und zwar mit dem erklärten Einverständnis der ÖTV-Bonzen. Begründung: Dies sei notwendig, damit der Staat mehr Ausbildungsplätze schaffen könne.

Das war natürlich nichts als eine schmutzige Lüge. Statt neue Ausbildungsplätze zu schaffen, reduzierte der Staat ihre Zahl noch mehr. Im Krankenhausbereich etwa wurden durch Bettenstreichungen, durch die Schließung von Krankenhäusern und durch Rationalisierung weitere Ausbildungsplätze vernichtet.

Wenn die ÖTV jetzt für die Auszubildenden des ersten und zweiten Ausbildungsjahres 60 Mark mehr und für die im dritten und vierten 50 Mark mehr fordert, so ist dies angesichts des Nachholbedarfs immer noch mehr als bescheiden. Für Innenminister Baum aber ist auch dies eine „überzogene Forderung". Er scheute sich nicht, sein Hohnangebot von lächerlichen 3,5 Prozent erneut mit der Behauptung zu begründen: im Vordergrund stehe für den öffentlichen Dienst „wieder" die Schaffung neuer Ausbildungsplätze.

Abgesehen davon, daß eine solch abgedroschene Lüge von niemandem mehr geglaubt wird: daß Baum ausgerechnet die Auszubildenden mit ihrem Hungerlohn zur Kasse bitten will, zeugt von der „sozialen" Einstellung der Bonner Minister. Hier geht es nicht um die Schaffung von Ausbildungsplätzen. Hier geht es darum, diejenigen auszuplündern, die ohnedies schon am schlechtesten bezahlt werden und keinen Pfennig entbehren können.



Im Februar 1977 demonstrierten in Dortmund 500 Krankenpflegeschüler gegen den Abbau bzw. das Einfrieren der Ausbildungsvergütung

Mitbestimmungsurteil

Wirtschaftsordnung nicht festgelegt?

In ihren Lobtiraden über das Mitbestimmungsurteil des Bundesverfassungsgerichts tun die DGB-Führer geradezu, als sei dieses Urteil ein Schritt zur Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, ein Schritt zum Sozialismus.

Der DGB-Bundesausschuß in seiner Stellungnahme: Das Bundesverfassungsgericht habe „das Ziel der Unternehmerverbände vereitelt, das Grundgesetz und seine Grundrechte als eine Garantie für die Vorherrschaft von Anteilseignern und Unternehmern umzudeuten".

Was heißt hier umdeuten? Ist das Grundgesetz denn etwas Neutrales, das über dem Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten steht? Oder ist es vielleicht sogar eine Garantie für das Recht und die Freiheit der ausgebeuteten Massen? Dann wäre ja die kapitalistische Ausbeuterordnung verfassungswidrig!

Das ist natürlich blanker Unsinn! Das Grundgesetz ist genausowenig neutral wie irgendein anderer Bestandteil der hierzulande etablierten politischen und staatlichen Macht. Es dient zur Aufrechterhaltung der bestehenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Struktur. Oder mit anderen Worten: zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung.

Die DGB-Führer berufen sich bei ihren reformistischen „Umdeutungen" des Mitbestimmungsurteils auf eine Stelle, in der davon die Rede ist, daß das Grundgesetz „keine unmit-



Das Bundesverfassungsgericht

telbare Festlegung und Gewährleistung einer bestimmten Wirtschaftsordnung" enthalte.

Meint das Bundesverfassungsgericht damit etwa, daß das Grundgesetz eine „nichtkapitalistische", also eine sozialistische Wirtschaftsordnung zuläßt? Das ist lächerlich! In diesem Staat gilt es ja sogar bereits als verfassungsfeindlich, wenn jemand mit einer Wirtschaftsordnung von der Art der einst sozialistischen, inzwischen aber längst kapitalistisch degenerierten Staaten des Warschauer Pakts sympathisiert.

Der Bonner Staat läßt in der Frage der Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, nicht mit sich spaßen. Ganz im Gegenteil: Jede politische Bestrebung in dieser Richtung, und sei es nur eine politische Meinungsäußerung, wird durch einen riesigen Unterdrückungsapparat als verfassungsfeindlich verfolgt, mit Berufsverbot belegt, dem Polizeiknüppel preisgegeben.

Die Herren Bundesverfassungsrichter mit dem CDU-Politiker und Notstands-Innenminister der großen Koalition, Benda, als Vorsitzendem haben gewiß alles andere im Auge gehabt, als an dieser Grundeinstellung des Bonner Staates zu rütteln.

Nicht umsonst haben sie es sich nicht nehmen lassen, darauf hinzuweisen, daß die „Grundrechte" der Kapitalisten, das heißt deren Recht auf Ausbeutung, auf „rentable Verwertung" ihres Eigentums an Produktionsmitteln auf angemessenen Profit, unantastbar sind.

Das Recht, das dieses Grundgesetz verkündet und das dieser Staat mit allen Mitteln durchsetzt, ist das Recht der Ausbeuter, sich an der Arbeit der Werktätigen zu bereichern. Es ist das Recht, die Arbeiter als Lohnsklaven für sich schuften zu lassen.

Er schützt das Recht der Kapitalisten, streikende Arbeiter auszusperren, Arbeitsplätze zu vernichten, Werktätige in Elend und Verzweiflung zu stürzen — alles nur, damit der Profit stimmt.

Die DGB-Bonzen wollen uns weismachen, wenn die Mitbestimmung für verfassungskonform erklärt wurde, sei dies ein Ausdruck für die Offenheit dieses Staates gegenüber fortschrittlichen Veränderungen, sozialen und politischen Reformen im Interesse der arbeitenden Massen. In Wahrheit zeigt dieses Urteil nur, wem die Mitbestimmung nützt und wem nicht: Sie nützt den Konzernherren und den DGB-Bonzen. Nicht aber der Arbeiterklasse. Das hat die Erfahrung schon genügend erwiesen.



Protestdemonstration gegen Schulmisere. Zehntausende von Lehrern sind arbeitslos oder müssen als Hilfskräfte arbeiten. Gleichzeitig gibt es zu wenige Lehrer an den Schulen. Die Arbeitszeit der Lehrer liegt weit über der 40-Stunden-Woche.

Arbeitszeit der Lehrer ist zu lang

Lehrer fordern 40-Stunden-Woche

Den Lehrern reißt nun langsam der Geduldsfaden. Bis heute können sie von der 40-Stunden-Woche nur träumen. Ihre wöchentliche Arbeitszeit liegt weit über dieser Grenze.

Selbst wenn man die Tatsache in Rechnung stellt, daß Lehrer längere Urlaubszeiten haben, ist ihre Arbeitszeit immer noch zu lang. Andererseits aber haben Zehntausende von ausgebildeten Lehrern keine Anstellung. Sie sitzen arbeitslos auf der Straße oder müssen sich als ungelernte Hilfskräfte verdingen.

Im Durchschnitt liegt die wöchentliche Arbeitszeit der Lehrer bei ca. 45 Stunden, wobei das Mehr an Urlaub bereits mit einkalkuliert ist, über das sie verfügen. Ohne Berücksichtigung des längeren Urlaubs arbeiten die Lehrer sogar 50 Stunden in der Woche. Die Lehrer sind mit Recht nicht länger bereit, sich mit diesem Zustand abzufinden. Sie fordern die Verkürzung ihrer Arbeitszeit und gleichzeitig die Einstellung der arbeitslosen Kollegen. Die Lehrer sind sich darin einig: Die 40-Stunden-Woche muß auch für Lehrer verwirklicht werden.

Zynisch faseln die Vertreter von Staat und Regierung über eine angebliche Lehrerschwemme, die hierzulande vorhanden sei. Durch dieses Gerede soll der Eindruck entstehen, weit mehr Lehrer seien in den letzten Jahren ausgebildet worden, als eigentlich benötigt werden. So soll ein skandalöser Mißstand in diesem sogenannten Sozialstaat verschleiert werden: daß nämlich einerseits viel zu wenig Lehrer unter teilweise unmöglichen Bedingungen in zu großen Klassen unterrichten müssen und dies auch noch bei wöchentlichen Arbeitszeiten, die weit über 40 Stunden liegen, während andererseits der Staat Zehntausende ausgebildeter Lehrer für überflüssig erklärt und sie nicht einstellt.

Natürlich haben auch die Lehrer ein Recht auf eine kürzere Arbeitszeit. Warum sollen sie weniger Freizeit haben, als andere Werktätige? Die Regierungen in Bonn und in den Landeshauptstädten jedoch sehen das anders. So schlossen die Landesminister 1974 ein sogenanntes Stillhalteabkommen, das nur den Zweck hatte, jede Arbeitszeitverkürzung für Lehrer zu blockieren.

Warum? Ganz einfach: Der Staat will für das Bildungssystem möglichst wenig Geld ausgeben. Genau aus diesem Grund wurde ja auch die zynische Lüge von der Lehrerschwemme in die Welt gesetzt.

Die Spitzen der Bonner Parteien und die Vertreter dieses Staates handeln von jeher nach dem Grundsatz: Presse aus dem arbeitenden Volk an Steuergeldern heraus, was das Zeug hält und halte andererseits die Ausgaben für den Sozialbereich, das Bildungssystem usw. so niedrig wie nur möglich. Genau wie in der kapitalistischen Wirtschaft, so ist auch in den Kalkulationen des kapitalistischen Staates alles auf den Profit der Unternehmer, vor allem der Großkapitalisten ausgerichtet. Die Staatskasse dient hauptsächlich der Bereicherung einiger Konzernherren. Für die Belange des werktätigen Volkes dagegen ist immer und ewig zu wenig Geld da.

Demgegenüber haben die Lehrer und die anderen Teile des werktätigen Volkes gemeinsame Interessen. Sie haben gemeinsam ein Interesse daran, daß alle arbeitslosen Lehrer im Schuldienst eingestellt werden und daß die Arbeitszeit der Lehrer verkürzt und damit der berufliche Streß für sie verringert wird. Das sind schließlich Voraussetzungen für die dringend notwendige Verbesserung des Schulunterrichts. Deshalb unterstützen wir den Kampf der Lehrer für Arbeitszeitverkürzung und fordern gleichzeitig: Einstellung aller ausgebildeten Lehrer in den Schuldienst!



Forderungen der GEW

Aufgrund des Drucks der Mitglieder hat der Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) jetzt folgende Forderungen beschlossen:

1. Verkürzung der Zahl der wöchentlichen Pflichtstunden für alle Lehrer um mindestens eine Stunde vom Beginn des Schuljahrs 1979/80 an.

2. Darüber hinaus müssen die wöchentlichen Pflichtstunden stufenweise so heruntergesetzt werden, daß keine Lehrergruppe mehr über der Grenze von 25 Pflichtstunden liegt.

Zur Erläuterung dieser Forderungen: Eine Unterrichtsstunde von 45 Minuten bedeutet im Durchschnitt für einen Lehrer eine Arbeitszeit von zwei Normalstunden. Hat ein Lehrer also pro Woche 25 Unterrichtsstunden zu absolvieren, so bedeutet das im Schnitt eine Wochenarbeitszeit von 50 Stunden. Natürlich kann das je nach Lehrstoff und nach der Anzahl der zu unterrichtenden Schüler stark nach oben oder unten schwanken. Gegenwärtig unterrichten Grundschullehrer in der Bundesrepublik 28 Wochenstunden, Haupt-, Real- und Sonderschullehrer je nach Bundesland zwischen 27 und 28 Stunden, Berufsschullehrer 26 und Gymnasiallehrer 24 Stunden.

GEW-Chef Frister will keinen Streik

Die Minister in Bonn und den Landeshauptstädten sind nicht gewillt, endlich die gerechte Forderung der Lehrer nach einer Arbeitszeit, die der 40-Stunden-Woche entspricht, zu erfüllen. Deshalb sind Kampfmaßnahmen notwendig. Nun haben die Lehrer allerdings nach den reaktionären Gesetzen des Bonner Staates kein Streikrecht. Was tun?

Zum einen ist es natürlich notwendig, das Streikrecht zu fordern und für diese Forderung einen Kampf zu führen. Zum andern aber: Ein Recht, das mir unrechtmäßig verweigert wird, muß ich mir eben nehmen. Auch die Lehrer können nicht auf die Waffe des Streiks verzichten, wenn sie ihre gerechten Forderungen gegen den reaktionären Bonner Staat durchsetzen wollen.

Damit wollen wir natürlich nicht sagen, daß andere Kampfformen, auch wenn sie gegenüber dem Streik „leichtere Waffen" darstellen, nichts taugen. Die GEW-Führer haben bestimmte kollektive Maßnahmen zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung angekündigt. Bestimmte Tätigkeiten sollen verweigert bzw. nicht durchgeführt werden: Verwaltungsaufgaben und andere über die eigentliche Unterrichtsverpflichtung hinausgehende Aktivitäten. Des weiteren sollen Schülerarbeiten nicht korrigiert und keine Noten und Zeugnisse ausgeschrieben werden.

Sicher können durch solche Maßnahmen bestimmte Forderungen durchgesetzt werden. Aber wohl kaum die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung, wie sie vom GEW-Vorstand selbst beschlossen wurde. Dazu müssen schon schwerere Geschütze aufgefahren werden. Dazu ist der Streik notwendig!

Und einmal abgesehen davon: Wenn die Lehrer sich das Streiken verbieten lassen — wie sollten sie denn dann jemals vom Bonner Staat ein Streikrecht erzwingen? Das wird ihnen bestimmt nicht geschenkt! GEW-Chef Frister allerdings möchte gerne, daß die Lehrer zu Kreuze kriechen und sich das Streiken verbieten lassen. Er sagte gegenüber der Presse: Mit einem Streik wolle er nichts zu tun haben. Beamtenstreik sei für viele ein Reizwort.

Mit dem Gerede vom „Reizwort" will Frister die Lehrer einschüchtern. Damit will er behaupten, die werktätige Bevölkerung sei gegen einen Streik der Lehrer. Das ist eine unverschämte Unterstellung des Herrn Frister! Wer gegen einen Streik ist, das sind nicht die Arbeiter und das werktätige Volk sondern die Herrschenden, die Ausbeuter und ihre Sachwalter in den Parteien und dem Staatsapparat.

Und wenn jemand durch ein reaktionäres Polizeistaatsdenken geprägt ist, dann nicht zuletzt Herr Frister selbst. Das wurde unter anderem dadurch deutlich, daß dieser saubere „Demokrat" vor ca. einem Jahr gegenüber schwedischen Gewerkschaftern die Berufsverbote und die Gesinnungsschnüffelei durch den Bonner Polizeistaat verteidigte.

Tarifnachrichten

Kluncker sabotiert Kampf um 35-Stunden-Woche

„Die 35-Stunden-Woche kommt bestimmt" — mit diesem billigen Spruch glaubt ÖTV-Oberbonze Kluncker die Beschäftigten in dieser Branche abspeisen zu können. Gleichzeitig kündigte Kluncker in einem Rundfunkinterview an, die ÖTV wolle erst Ende 1980 in Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzung eintreten. Demagogisch begründet Kluncker diese Sabotage am Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze mit dem Argument, der öffentliche Dienst sei gegenwärtig „auf eine umfassende Arbeitszeitverkürzung nicht vorbereitet"; daher würde eine Arbeitszeitverkürzung jetzt nur dazu führen, daß die gleiche Arbeit in kürzerer Zeit gemacht werden müsse. Hat Kluncker noch nie etwas von der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze gehört, die dringend notwendig ist, damit die Arbeitslosen eine Chance erhalten?

Gewerkschaft Textil und Bekleidung: 6,2 Prozent gefordert

Die Bonzen der Gewerkschaft Textil und Bekleidung haben die Forderungen für die diesjährige Tarifrunde festgelegt. Sie lauten: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6,2 Prozent und Verlängerung des Jahresurlaubs auf sechs Wochen, die in zwei Stufen erfolgen kann. In der Textil- und Bekleidungsindustrie werden die Arbeiterinnen und Arbeiter besonders unverschämt ausgebeutet. In den vergangenen Jahren wurde in der Textil- und Bekleidungsindustrie die Beschäftigtenzahl durch Rationalisierung, Arbeitsplatzvernichtung und Verlagerungen ins Ausland radikal heruntergeschraubt. Gleichzeitig wurde die Arbeitshetze brutal verschärft und in vielen Betrieben wurde die Nachtschichtarbeit eingeführt. Die Löhne in der Textilindustrie liegen besonders niedrig. Unter diesen Umständen ist es ein übler Ausverkauf der Interessen der 580.000 Beschäftigten in dieser Branche, wenn die Gewerkschaftsbonzen eine so niedrige Lohnforderung aufstellen, und zugleich die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich völlig unter den Tisch fallen lassen.

Tarifverhandlungen im Bankgewerbe vertagt

Die zweite Verhandlungsrunde im Tarifkonflikt im Bankgewerbe wurde ergebnislos auf den 23. März vertagt. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) fordert für die 300.000 Beschäftigten Gehaltserhöhungen um 5,8 Prozent sowie die stufenweise Verwirklichung des Sechswochenurlaubs. Diesen mageren Forderungen stellten die Kapitalisten ein provokatorisches Angebot entgegen: 3,8 Prozent Gehaltserhöhung und einen Tag mehr Urlaub. In der ersten Verhandlungsrunde hatten die Bankherren sogar nur 3,5 Prozent geboten.

Kurz berichtet

Boykott gegen Daimon

Bei einem Tochterunternehmen der Kölner Batterienfabrik Daimon, der Firma Eveready in Südafrika, waren die Arbeiter im Oktober letzten Jahres in den Streik getreten. Sie wollten die Anerkennung ihrer Gewerkschaft erzwingen und bessere Löhne und Arbeitsbedingungen durchsetzen. Die Bosse des Daimon-Tochterunternehmens sperrten daraufhin die Streikenden aus und verhängten über 200 Kollegen die fristlose Entlassung. Der internationale Metallgewerkschaftsbund hat nun zu einem Boykott der Batterien der Firma Daimon aufgerufen.

Gesinnungsterror bei der Post

Am 7. Februar wurde der Marburger Postoberinspektor Peter Klonk wegen „nachteiliger Erkenntnisse", die über ihn vorliegen würden, zu einer „Anhörung" vor den „Geheimschutzbeauftragten" der Bundespost vorgeladen. Grund des Gesinnungsverhörs: Peter Klonk ist Sprecher des Marburger „Komitees gegen Berufsverbote". Die Gesinnungsschnüffler bezichtigten Klonk, er habe „Kontakte zu Kommunisten". Erst zwei Monate davor hatte die Oberpostdirektion Klonk eine Dankesurkunde für 25 Jahre im öffentlichen Dienst überreicht.

Berufsverbote gegen Krankenpfleger

Im Sigmaringer „Fürst-Carl-Landeskrankenhaus" droht drei gewerkschaftlich aktiven künftigen Krankenpflegern das Berufsverbot! Die drei Pflegeschüler, die zur Zeit ihr Staatsexamen machen, sollen nach Beendigung ihrer Ausbildungszeit nicht übernommen werden, obwohl gerade zusätzliche Krankenpfleger gesucht werden. Verwaltungsdirektor Rehm behauptet, die drei würden wegen mangelnder fachlicher Qualifikation nicht übernommen. Das ist jedoch eine offensichtliche Lüge, denn die Zeugnisse der Stationen und die theoretischen Leistungen der drei Kollegen sind ausgezeichnet. Der Grund für die Nichtübernahme ist einzig und allein das aktive gewerkschaftliche Engagement der drei. Sie hatten am Aufbau einer ÖTV-Gruppe mitgewirkt. Einer der drei Kollegen ist Jugendsprecher.

Mannesmann: Verschärfte Ausbeutung

Im vergangenen Jahr konnte der Mannesmann-Konzern seinen Umsatz um sieben Prozent auf 12,56 Milliarden Mark erhöhen. Die Zahl der Beschäftigten jedoch blieb nahezu auf dem Vorjahresstand. Sie war nur um 183 auf 105.759 gewachsen. In den inländischen Unternehmen hat Mannesmann seine Beschäftigtenzahl sogar um 1.693 auf 78.340 Beschäftigte heruntergedrückt. Dennoch ist der Umsatz der inländischen Mannesmann-Betriebe um 6 Prozent gestiegen. Und das trotz des Streiks in der Stahlindustrie!

In Rheinland-Pfalz und Westberlin finden am Sonntag Wahlen zum Landtag bzw. zum Abgeordnetenhaus statt. In Rheinland-Pfalz ruft unsere Partei zum Wahlboykott auf. In Westberlin kandidiert im Wahlkreis 3 die Genossin Ilse Schaake für die KPD/ML-Sektion Westberlin. Für die anderen Wahlkreise ruft die Partei zum Boykott auf.
Wir bringen auf dieser Seite einige Auszüge aus der Westberliner Broschüre „Wählen?“ und dem „Pfälzer Stadt- und Landboten“, in denen die Genossen im Wahlkampf zu den Problemen der Werktätigen Stellung nehmen und sie zum Kampf für ihre Forderungen aufrufen.

Daran kommen sie nicht vorbei:
Besonders hohe Arbeitslosigkeit in Westberlin!

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Westberlin höher als in Westdeutschland. Seit 1962 wurde jeder dritte Arbeitsplatz vernichtet. In Westdeutschland war es „nur“ jeder zehnte. Gleichzeitig hat fast jeder zweite Industriebetrieb dichtgemacht; in Westdeutschland „nur“ jeder zwölfte. In einem einzigen Jahr wurden geschlossen: AEG Ackerstr., Schwartzkopff, Spinne und Opti. Allein in der Metallindustrie wurden in drei Jahren — 1975 bis 1977 — 53.000 Arbeitsplätze vernichtet. Die größten Arbeitsplatzvernichter sind die Konzerne AEG und Siemens. So waren 1965 bei AEG in Westberlin noch 29.000 Arbeiter beschäftigt, heute sind es nur noch 12.500; bei Siemens waren es 1965 noch 35.000, heute sind es nicht mal mehr 20.000.

Da sie also nicht an den Tatsachen vorbeikommen, sie auch nicht einfach herunterspielen können, machen sie sich stark im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Ihr Ausweg ist immer derselbe:

„Sichere Arbeitsplätze für alle — durch aktive Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung“, sagt die SPD — also mehr Geld für die Unternehmer!

„Die Stabilität der Berlinförderung im Rahmen des Berlin-Förderungsgesetzes ist die notwendige Basis der Berliner Wirtschaftspolitik“, sagt die FDP — also mehr Geld für die Unternehmer!

„Neue industrielle Arbeitsplätze sind in erster Linie von Erweiterungsinvestitionen zu erwarten“, sagt die CDU — also mehr Geld für die Unternehmer!

Die Gleichung, die sie uns aufmachen, ist einfach: mehr Arbeitsplätze = mehr Geld für die Unternehmer.

Dabei wissen die Parteien natürlich, daß die Kapitalisten nur investieren, um noch mehr Profite einzustreichen. Und den meisten Profit streichen sie ein, indem sie Arbeitsplätze wegrationalisieren. Um sich gegen diesen Einwand abzusichern, sagen die Parteien an manchen Stellen, daß nur für „Erweiterungsinvestitionen“, die neue Arbeitsplätze schaffen, Gelder fließen sollen. Wie aber sieht es in der Praxis aus?

Osram baute vor einigen Jahren ein neues Werk an der Nonnendammallee. 40 Millionen gab der Senat zu, schließlich wurden ja neue Arbeitsplätze, gleich ein ganzes Werk sogar, geschaffen. Kaum in Betrieb, schloß Osram sein Werk in der Helmholtzstr. Ein Drittel der Kollegen blieb auf der Strecke. Und die Gebäude in der Helmholtzstr. kaufte dann noch der Senat auf!

DUB-Schultheiss baute letztes Jahr mit Subventionsgeldern einen neuen Flaschenkeller und ein Sudhaus beim Stammsitz in Kreuzberg. Da die Anlage vollautomatisch ist, sind für ihren Betrieb nur wenige Arbeiter nötig. In den übrigen Schultheiss-Niederlassungen in Westberlin wird jetzt die Belegschaft rücksichtslos abgebaut, weil mit der neuen Anlage im Stammhaus viele Arbeiten dort zentralisiert worden sind. Ergebnis der Rationalisierungsmaßnahmen bei Schulheiss: 800 Kollegen von 2.400 verlieren ihren Arbeitsplatz, also jeder dritte. Insgesamt werden von neun Produktionsstätten bis 1981 fünf stillgelegt.

Daimler verlagerte Ende 1978 eine Abteilung für Kühlwasserpumpenfertigung von Westdeutschland ins Werk Marienfelde. Rund 25 neue Arbeitsplätze für Berlin (aber mindestens ebensoviele weniger für Westdeutschland). Neu eingestellt werden aber auch in Berlin nur 2-3 Kollegen, die anderen stammen aus anderen Abteilungen, wo sie durch Rationalisierungsmaßnahmen eingespart wurden. Aber Daimler kassierte Steuergelder und stellt schon bald neue Maschinenautomaten in der Abteilung auf, die die Kollegen zusätzlich zu den halbautomatischen bedienen, also kein einziger neuer Arbeitsplatz, aber verschärfte Arbeitshetze und Ausbeutung.

Es ist auch kein Zufall, daß in Westberlin nicht nur die Arbeitslosenquote über dem Bundesdurchschnitt liegt, sondern auch die Produktivität, d. h. der Wert, den ein Arbeiter pro Jahr produziert. Noch Ende 1970 betrug die Produktivität im Bundesdurchschnitt 60.072 Mark gegenüber 57.334 Mark in Westberlin. Fünf Jahre später, also Ende 1975, waren es im Bundesgebiet 94.097 Mark, in Berlin aber bereits 98.974 Mark.

Die reichlich fließenden Subventionsgelder wurden also von den Kapitalisten in den letzten Jahren dazu benutzt, um ihre Betriebe auf den neuesten technischen Stand zu bringen und sich auf dem Rücken der Arbeiter gesundzustoßen.

In Wahrheit heißt also die Gleichung: mehr Geld für die Unternehmer = weniger Arbeitsplätze.

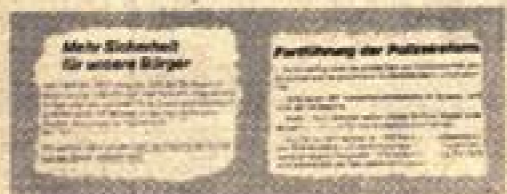
Eine Analyse der Ursachen der Arbeitslosigkeit können wir natürlich von Parteien, die auf dem Boden des Kapitalismus stehen, nicht erwarten. Es ist ja gerade ihre Aufgabe, uns darüber Sand in die Augen zu streuen. Und man kann von ihnen ganz bestimmt nicht verlangen, daß sie uns die Wahrheit sagen, nämlich, daß es für die Kapitalisten gut ist, wenn es viele Arbeitslose gibt, weil sie dann die Löhne drücken und die Arbeitshetze steigern können.

Nein, das können wir nicht von ihnen verlangen, und darum sagen wir es: Der Hauptgrund für die Arbeitslosigkeit ist die Profitgier der Kapitalisten.

Im Kampf gegen die Rationalisierungen auf unsere Kosten, im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit haben die Stahlarbeiter den richtigen Weg beschritten:

Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

SPD, FDP, CDU: Mehr Sicherheit = noch mehr Polizei



Die Rechnung stimmt nicht

Weitere 28 Polizisten im Verdacht des Diebstahls oder der Hehlerei
Einbrecher fuhren nachts mit ihrem Funkwagen vor
Verkehrsunfälle mit Polizisten
Jordanier vor vermutetem Raubüberfall erschossen



Der KOB –
„Der Bulle mit dem biederen Gesicht“



Möchten Sie diesen Herren im Dunkeln begegnen ?

Faksimile aus der Wahlbroschüre der KPD/ML in Westberlin



Protest gegen das Geschäft mit der Krankheit während des Ärztetages 1978

Unikliniken in Mainz
Kurzer Einblick ins Chaos

- Einstellungsstop,
- drastische Einsparung an Medikamenten und medizinischem Material,
- ambulante Behandlung stark eingeschränkt,
- 50 Prozent aller Laborleistungen seit 1975 eingespart,
- freigewordene Planstellen werden nicht besetzt,
- 1977 werden sämtliche Studenten, die 90 Prozent der Nachtwache stellen, entlassen,
- Kassenpatienten werden nur noch mit einem besonderen Schein behandelt.

Dies schlägt sich besonders auf den Neuerwerb von Geräten nieder. Der Etat der Schule wird um 19,7 Prozent gekürzt, was bei der sowieso schon zu beschränkten Zahl von Ausbildungsplätzen eine noch schlechtere Ausbildung bedeutet.

Durch die Entlassung der Studenten aus dem Nachtdienst muß das restliche Klinikpersonal den Nachtdienst tragen. Der Essenszuschuß für die Beschäftigten wurde gestrichen. (Sollte das geschehen sein, weil das Pflegepersonal meist doch nicht aus Zeitmangel zum Essen gehen kann?) Durch die zunehmende Arbeitsbelastung erhöht sich die gesundheitliche Schädigung des Pflegepersonals. Durch das ständige Gehen und Stehen steigt das Thromboserisiko um das 15fache gegenüber der übrigen Bevölkerung.

Diese alarmierenden Meldungen, die auch in einer Reihe von Artikeln in der Presse zu lesen waren, stießen auf breite Empörung bei der Mainzer Bevölkerung. Eine Reihe von Protestaktionen von Mitgliedern der ÖTV, der Betriebszelle der KPD/ML, der Medizinstudenten und der übrigen Angestellten der Klinik, führte dazu, daß einige Erfolge erzielt werden konnten. Eine Protestaktion hatte zumindest vorübergehend dazu beigetragen, daß Gelder zur Finanzierung der Nachtwache bereitgestellt wurden und somit die Maßnahmen nicht in voller Schärfe wirksam wurden.

Die letzte Nachricht aus den Unikliniken: Nach der abgeschlossenen Wirtschaftlichkeitsprüfung (die Prüfungskommission ist von den Krankenkassen und dem Sozialministerium bestellt) ist festgestellt worden, daß die Unikliniken an Pflegekräften unterbesetzt sind. Dies bestätigt nochmals die Misere. Das Gutachten hat 1,6 Millionen Mark gekostet. Geschehen ist bisher noch nichts. Dieser Angriff auf das Gesundheitswesen rollt aber nicht nur in CDU-regierten Bundesländern ab. Aufgrund der scharfen Rationalisierungsmaßnahmen kam es im ganzen Bundesgebiet zu einigen großen Demonstrationen wie in Frankfurt, Dortmund usw., und das werden sicher nicht die einzigen bleiben.

(Aus dem „Pfälzer Stadt- und Landboten“)

„Weiter mit Leistung“

...heißt die Wahlkampfparole der CDU zu der diesjährigen Landtagswahl.

Da kann man eigentlich nicht widersprechen. Denn was diese Kreuzritter sich bisher geleistet haben, ist wirklich eine Leistung. Irgendwie scheint die Welt auf dem Kopf zu stehen oder es fehlt uns die akademische Reife, um Schwarz als Weiß und umgekehrt zu sehen. Mitbürger, langsam müssen wir umstellen und auf den Händen laufen oder zumindest die Zeitungen in Kopfstandpose lesen, um alles nach den neuen Leitlinien richtig beurteilen zu können.

Der Zuschuß der Landesregierung für die Mainzer Unikliniken wurde zuerst auf der Grundlage des Krankenhausfinanzierungsgesetzes um 12 Millionen Mark gekürzt, später um weitere 15 Millionen.

Einigkeit macht stark

Der „Pfälzer Stadt- und Landbote“ enthält auch einen Beitrag, in dem die Ziele der RGO erläutert werden und dargelegt wird, warum es für die Arbeiter und kleinen Angestellten eine Notwendigkeit ist, sich in der RGO zusammenzuschließen. Über die Arbeit der RGO-Betriebsgruppe bei BASF heißt es darin:

„Aus der Arbeit der RGO-Gruppe BASF einige Beispiele: Die RGO verhinderte die Entlassung eines Kollegen, als dieser wegen einer Geringfügigkeit aus der BASF entlassen werden sollte. Bei dieser Entlassung tat sich ein besonders reaktionärer Betriebsrat hervor, er mauschelte mit dem Personalrat die Entlassung aus, ohne davon irgend jemanden zu informieren.

Der RGO-Betriebsrat Rausch verlangte ein Protokoll von dieser Sitzung der O-Kommission (Ordnungskommission). Dies wurde ihm verweigert. Als daraufhin nach Drängen vom RGO-Kollegen Rausch der Fall vor den Betriebsausschuß kam, konnte die Entlassung verhindert werden.

Die O-Kommission, die paritätisch besetzt war, wurde auf Drängen der RGO abgeschafft. In Zukunft wird ein elfköpfiger Ausschuß des Betriebsrates über solche Fragen diskutieren. Der reaktionäre Betriebsrat Hust wurde nach all diesen Vorfällen aus der Freistellung herausgenommen. Diese Beispiele zeigen, daß die tägliche Kleinarbeit Ausgangspunkt aller RGO-Arbeit sein muß, wenn sie noch mehr und größere Erfolge erringen will . . .

Kollegen, ihr wißt: mehr Erfolge, je mehr wir sind.“

Der Trick mit dem neuen Schulgesetz

Seit Anfang dieses Jahres gilt das neue Schulgesetz, das unter anderem das 10. Schuljahr einführt.

Haben die Parteien also wenigstens jetzt, kurz vor den Wahlen, ihre Verantwortung für eine bessere Schulbildung der Jugendlichen erkannt?

Laßt euch nichts vormachen, das 10. Schuljahr ist vor allem eine ihrer Methoden zur „Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“. Ein Jahr länger zur Schule und ein paar Jugendliche mehr sind wieder weg von der Straße. Im Grunde ist damit das Problem natürlich nur um einige Zeit verschoben, an der wachsenden Jugendarbeitslosigkeit ändert sich damit nicht das geringste. Daß die Verschleierung der Jugendarbeitslosigkeit der eigentliche Grund für das 10. Schuljahr ist und nicht die bessere Bildung, das macht das Gesetz selbst klar: Dasselbe Gesetz erlaubt es nämlich den Kapitalisten, die Befreiung von Jungarbeitern vom 2. Berufsschuljahr zu beantragen, wenn diese vorher das 10. Schuljahr besucht haben. Die Kapitalisten brauchen den Jugendlichen also nur noch ein Jahr lang jede Woche einen Tag frei für die Berufsschule zu geben und können sie im zweiten Jahr bereits voll für sich malochen lassen.

Wenn also ein Jugendlicher trotz allem einen Job findet, dann braucht er keine weitere Bildung mehr, dann soll er gleich ranklotzen. Die verlängerte Pflichtschulzeit gilt nur für Arbeitslose!

(Aus: „Wählen?“, Wahlbroschüre der KPD/ML in Westberlin).

Bonn setzt auf Lockspitzel

„Der bewaffnete Kampf ist auch dabei“

Es hat sich inzwischen herumgesprochen: „Wolfgang oder so aus Frankfurt“ (siehe RM 7/79) ist identisch mit Regierungsoberinspektor Ringer von der Abteilung VII des Verfassungsschutzes. Inzwischen ist Ringer, nach dem glücklosen Ende seines Unternehmens, als Spitzel in eine Lübecker Knasthilfegruppe vorzudringen, in den Innendienst versetzt worden.

Ringer hatte sich an ein Mitglied der Gruppe herangemacht. „Wir haben vor, einen organisatorischen Rahmen zu schaffen, damit man gemeinsam vorgehen kann. Der bewaffnete Kampf ist auch dabei“, so stellte sich „Wolfgang“ vor. In diesem Fall ohne Erfolg, er wurde enttarnt, durchsucht und fotografiert. Ein Notizbuch mit streng geheimen Adressen von Verfassungsschutz-Agenten mußte er zurücklassen.

Schon lange hat sich gezeigt, daß es den Bonner Staatsschutzorganen nicht nur darauf ankommt, staatsfeindliche Organisationen oder solche, die sie dafür halten, auszukundschaften und in den Griff zu bekommen. Ihre Taktik ist auch darauf gerichtet, in diese Organisationen Provokateure einzuschleusen, die kriminelle Akte verüben, aufgrund derer diese Organisationen dann verfolgt und zerschlagen werden können.



Von Genossen des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie enttarnt: Christian Modhorcvig, wahrscheinlich Kriminalbeamter

So ist es kein Wunder, daß schon der erste Waffenlieferant der RAF, Peter Urbach, Agent des Verfassungsschutzes war. Urbach hatte seine langjährige „Tätigkeit“ in der SEW beendet, bevor er sich 1967 der Kommune I zuwandte. Dieser Herr brachte es so weit, daß er im ersten Prozeß gegen Horst Mahler 1971 als Zeuge der Anklage aussagen konnte, er habe



Er wurde von Genossen des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie entlarvt: Klaus Eggert, Kriminalmeister beim Landeskriminalamt Hannover

am 2. April 1970 an einer Besprechung zwischen Homann, Mahler und Baader teilgenommen und dort Waffen angeboten, die auf einem Friedhof in Berlin-Buckow vergraben waren. Auf der Fahrt dorthin wurde Baader festgenommen, da Urbach inzwischen die Politische Polizei verständigt hatte!

Wie er offen sagte, habe er, Urbach, die Waffen dort mit der Absicht vergraben, damit die „waffenhungrige“ Baader-Gruppe sie später vorfinden konnte. Innensenator Neubauer fand seinerzeit entschuldigende Worte: „Gewiß, die Waffen waren da. (. . .) Ich halte das in Anbetracht der Aufgabe, die Urbach zu erfüllen hatte, nicht für die Tätigkeit eines Agent provocateurs. Wäre es das, so könnten wir uns keiner Vertrauensleute bedienen — in keiner Gruppe.“

Die Methode, Waffen oder sogar Bomben zu hinterlegen, die dann von der uniformierten Polizei bei den Verdächtigen gefunden werden, ist ein altes Mittel reaktionärer Staatsorgane. So schmutzig und verrufen diese Methode auch ist, sie schreckt nicht die Verantwortlichen der Bonner Geheimdienste ab. Wenn es sein muß, lassen sie sogar ihre eigenen Leute über die Klinge springen, wie zum Beispiel Ulrich Schmücker, den sie zum Spitzel preßten und der dann offenbar von seinem „Kollegen“ Bodeux erschossen wurde. Dieser Mord wurde dann auch noch jahrelang der RAF in die Schuhe geschoben.

Auch die kürzlich im „Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie“ enttarnten drei Kriminalbeamten, die ganze Namenslisten von Bürgerinitiativen an das Landeskriminalamt schickten, verstanden sich auf Provokationen. Unter den Mitgliedern des Arbeitskreises ragten sie als besonders „radikal“ hervor. So begründete Kriminalmeister Klaus Eggert alias Marc Baumann seine „Mitarbeit“ in Göttingen damit, daß in den Hannoverschen Bürgerinitiativen „zu wenig los“ sei. Er sowie sein Kollege Christian Modhorcvig bemängelten ständig, daß zuviel diskutiert und zuwenig Aktionen gemacht würden.

Als man Eggert enttarnte, hatte er eine Tränengasgranate bei sich, die er nach eigenen Angaben bei der nächsten Demonstration loswerden wollte. Typisch ist, daß sofort nach der Enttarnung dieser Truppe das Landeskriminalamt in Hannover reagierte und den Arbeitskreis als „militante Gruppe allerschlimmsten Ausmaßes“ diffamierte, die „auch Gewalt gegen Personen ins Kalkül zieht“. Das provokatorische Auftreten ihrer eigenen Leute dient ihnen hinterher für die Erfindung solcher Lügenmärchen!

Die Enttarnung von Spitzeln des Verfassungsschutzes hat sich in letzter Zeit gehäuft. Das darf niemand zu der Schlußfolgerung verleiten, daß es jetzt keine Spitzel mehr gäbe, oder daß sich die „Unfähigkeit“ des Verfassungsschutzes herausgestellt habe. Ganz sicher wühlen die Geheimdienste weiter, um demokratische, antifaschistische und revolutionäre Organisationen und Bewegungen von innen zu unterwühlen. Demgegenüber gilt es, die Wachsamkeit zu erhöhen!

Trotz „Abschaffung“ der Regelanfrage:

Weiterhin Anfragen beim Verfassungsschutz

Man könnte meinen, man habe alles nur geträumt, als die Bundesregierung in großen Worten die Abschaffung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz für Bewerber im öffentlichen Dienst verkündete. Die Vorgänge der letzten Woche in den verschiedenen Bundesländern beweisen, daß von einer Lockerung der Berufsverbotspraxis kaum die Rede sein kann.

In Stuttgart prahlt der Filbinger-Nachfolger Späth, daß auch die SPD/FDP-regierten Länder, die sich ja angeblich an die Empfehlung der Bundesregierung halten wollen, den reaktionären Behörden Baden-Württembergs weiterhin „Amtshilfe“ für deren Regelanfragen angeboten haben.

In Saarbrücken beschloß die Landesregierung vorige Woche, daß den Bewerbern für den öffentlichen Dienst eine mündliche „Belehrung“ über die „verfassungsfeindlichen Organisationen“ vorgetragen werden solle, woraufhin der jeweilige Bewerber dann schriftlich erklären müsse, daß er sich von diesen Organisationen sowie allen „verfassungsfeindlichen Bestrebungen“ distanziere!

Man sollte nun meinen, daß wenigstens in den SPD/FDP-regierten Ländern eine klare Absage an die Regelanfrage beschlossen würde. Doch das ist keineswegs der Fall. So beschloß die nordrhein-westfälische Landesregierung, die Regelanfrage „nicht einfach ersatzlos“ wegfallen zu lassen.

Ähnlich wie in Saarbrücken soll dem Bewerber eine Liste mit „verfassungsfeindlichen Organisationen“ vorgelegt werden, woraufhin er erklären muß, ob er einer dieser Organisationen angehört oder nicht. Im Falle der Falschaussage droht die sofortige Entlassung.

Daß der Verfassungsschutz nach wie vor uneingeschränkt wirken kann, läßt sich der merkwürdigen Begründung entnehmen, die für die Abweichung des Landes NRW von der Empfehlung Bonns herhalten muß. Da heißt es: Die Abschaffung der Regelanfrage ist nicht möglich, solange im Land NRW **alle** Bewerber übernommen würden. Mit anderen Worten: Wenn man nicht mehr alle übernimmt, kann man gerne auf die Regelanfrage verzichten! Denn dann siebt man einfach die politisch Unzuverlässigen aus und behauptet, man habe eben nicht alle übernehmen können. Nur wenn alle Bewerber übernommen werden, braucht man eine Begründung für die Ablehnung und dazu die **offizielle** Regelanfrage!

Hinter dieser Begründung verbirgt sich also das Eingeständnis, daß nach wie vor jeder Bewerber vom Verfassungsschutz durchleuchtet wird, ob nun mit oder ohne offiziell eingeführter Regelanfrage!

Man hat also nach wie vor nicht mit einer wesentlichen Milderung der Bonner Berufsverbotspraxis zu rechnen. Der Kampf gegen die Berufsverbote muß weitergehen!

Für Parolen-Rufen 6 Monate Gefängnis

Am 8. 3. 79 wurde die Genossin R. Bichel vom Schöffengericht Herne für schuldig befunden, beim Fackelzug der KPD/ML am 30. 1. 78, dem Jahrestag der Machtergreifung des Hitler-Faschismus, per Megaphon zwei Parolen gerufen zu haben: „. . . — Die Terroristen sitzen in Bonn“ und „Polizei, Grenzschutz, Bundeswehr — kapitalistisches Bürgerkriegsheer“. Das Urteil wegen des Vorrufens dieser zwei Parolen — 6 Monate Gefängnis, ausgesetzt zu 3 Jahren Bewährung!

In der Urteilsbegründung sagte der Richter, daß selbst, wenn die Angeklagte diese Parolen nicht gerufen hätte, sie wegen ihrer Funktion als offensichtliche Leiterin der Demonstration dafür verantwortlich sei. Das Gericht könne aber verantworten, die Strafe zur Bewährung auszusetzen (der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis ohne Bewährung beantragt), da die Angeklagte nicht vorbestraft sei.

„Bei uns darf jeder seine Meinung frei sagen“ | Für Parolen-Rufen 6 Monate Gefängnis

Mittwoch, 8.3., Schöffengericht Herne. Die Angeklagte, Frau Renate Bichel, wird für schuldig befunden, bei einem Fackelzug am 30.1.1978, dem Jahrestag der Machtergreifung des Hitler-Faschismus, zwei Parolen vorgerufen zu haben: "Die Terroristen sitzen in Bonn" und "Polizei, Grenzschutz, Bundeswehr - kapitalistisches Bürgerkriegsheer". Der Staatsanwalt beantragt sechs Monate Gefängnis. Der Richter gibt diesem Antrag statt, mit Bewährung.

Einmal abgesehen davon, ob Sie mit dem Inhalt dieser Parolen einverstanden sind oder nicht, hätten Sie, lieber Bochumer, geglaubt, daß man zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt werden kann, nur weil man auf einer Demonstration zwei Parolen laut gerufen hat.

Da fragt man sich, wo die Meinungsfreiheit geblieben ist, wovon im Grundgesetz die Rede ist: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten...Eine Zensur findet nicht statt".

Am 14. März: Zweiter Prozeß gegen Frau Bichel

Wohin es mit dieser Freiheit heute gekommen ist, sieht man auch an einem zweiten Prozeß gegen Frau Bichel, die verheiratet ist und ein Kind hat. Sie hat, so die Anklage, als presserechtlich Verantwortliche für zwei Flugblätter der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten die Bundesrepublik "böswillig verächtlich" gemacht. Und worum geht es in diesen Flugblättern? [illegible]

Initiative gegen Zensur und Abbau der Pressefreiheit

Flugblatt der Initiative gegen Zensur und Abbau der Pressefreiheit aus Bochum zur Unterstützung von Renate Bichel.

Trotz 21 KZ-Morden:

Haftentschädigung für SS-Sturmführer

Wie die Zeitschrift „Stern“ zu Beginn einer Serie über Kindertötungen im Konzentrationslager Neuengamme (bei Hamburg) berichtete, lebt einer der Verantwortlichen für die Ermordung der Kinder nach bestialischen „medizinischen“ Versuchen noch unter uns — der ehemalige SS-Sturmführer Arnold Strippel. Dieser Mensch ist bereits wegen 21 Morden im Konzentrationslager Buchenwald zu 21mal lebenslanger Haft verurteilt worden. Später aber wurde das Urteil in sechs Jahre Gefängnis umgewandelt. Für die „zuviel“ abgesessene Haft erhielt er eine Haftentschädigung von 132.000 Mark! Jetzt besitzt er nach Angaben des „Stern“ eine schöne Eigentumswohnung. Was die Menschenversuche im KZ Neuengamme angeht, so war es Strippel, der die Kinder, nachdem sie vom SS-Arzt Dr. Kurt Heißmeyer zu Versuchszwecken mit Tuberkelbazillen infiziert und schwer erkrankt waren, aufhängen ließ. Die Hamburger Staatsanwaltschaft leitete ein Ermittlungsverfahren wegen dieser Vorwürfe ein, stellte es aber später wieder ein. Jetzt liegt neues Belastungsmaterial vor. Dieser SS-Mörder muß unbedingt bestraft werden!



Kinder bei der Befreiung aus dem KZ Auschwitz. Von hier wurden die Versuchspersonen für die medizinischen Versuche geholt.

Gefahrenzulage für GSG 9

Das Bundesinnenministerium will der Grenzschutz-Truppe GSG 9 zu größerer Entlohnung verhelfen und verhandelt deshalb mit dem Finanzministerium. Offensichtlich hat die GSG 9 Nachwuchssorgen. Auf jeden Fall sieht Bonn keinen anderen Weg bei der Absicht, die GSG 9 von 80 auf 260 Mann aufzustocken, als jedem Mitglied dieser Bande eine „ihrer speziellen Gefahrenlage angemessene Zulage“ zu zahlen. Aus Steuergeldern natürlich! Die Nachwuchssorgen sind berechtigt: Welcher anständige Mensch gibt sich schon für so ein Handwerk her?



GSG-9-Mitglieder beim Training

Angeblicher Rauschgift-Einsatz

Unter dem Vorwand des Rauschgiftverdachts erlaubte sich die Polizei in Singen am Hohentwiel, vier junge Leute in einem Lokal vorläufig festzunehmen. Zuvor zwangen sie einen der vier, sich vor der Gaststätte bei 5 Grad Kälte vollständig auszuziehen und wendeten jedes Kleidungsstück. Auf der Toilette der Gaststätte mußten sich auch die anderen ausziehen. Danach wurden sie in ungeheizte Arrestzellen gesperrt, und mit den ihnen abgenommenen Hausschlüsseln wurden in ihrer Abwesenheit Haussuchungen vorgenommen. Währenddessen wurde den Inhaftierten jeder Kontakt mit einem Rechtsanwalt verweigert. Bis heute fehlt jede Begründung für die Festnahme. Die Haussuchung war ohne Ergebnis. Auch die Frau eines der Festgenommenen wurde nachträglich arrestiert und unberechtigterweise der Rauschgiftsucht beschuldigt. Dadurch verlor sie beinahe ihren Arbeitsplatz als Krankenschwester.

Überprüfung auch nach der Regelanfrage

Ein Vierteljahr mußte eine Studienassessorin in Baden-Württemberg auf ihre Verbeamtung warten, weil „noch einiges zu klären“ sei! Obwohl die Regelanfrage, die in Baden-Württemberg ausdrücklich beibehalten worden ist, keine Bedenken gegen die Einstellung der Lehrerin ergab, fing danach die Bespitzelung erst richtig an. Wegen eines Papiers, in dem ein Schüler zum Kriegsdienst Stellung nimmt und zur Wehrdienstverweigerung aufruft und das dann von der Lehrerin im Unterricht behandelt wurde, eröffnete die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen die Pädagogin wegen „Erschwerung der Arbeit der Bundeswehr“. Erst als die ganze Sache in der Presse veröffentlicht zu werden drohte, wurde das Verfahren eingestellt und die Zurückstellung der Lehrerin widerrufen.



In einem ca. zweistündigen ohrenbetäubenden Pfeifkonzert von ca. 1.200 Antifaschisten und einem Hagel von Apfelsinen, Schneebällen, Tomaten und Eiern ist am 3. März eine Kundgebung der NPD auf dem Lüneburger Marktplatz untergegangen.

Nazi-Kundgebung verhindert

Volkskorrespondenz aus Lüneburg

Die NPD-Kundgebung zur „Anti-Holocaust-Aktion" auf dem Lüneburger Marktplatz am 3. März wurde von den Demonstranten mit Eiern, Farbbeuteln, Schneebällen, Tomaten und Apfelsinen regelrecht „zusammengeschossen"!

Zwei Stunden lang versuchten die NPD-Ordner mit ihren Plakatschildern die Geschosse von der Rednertribüne abzuwehren. Vergeblich! Auch das Rednerschutzschild aus durchsichtigem Plexiglas nützte den faschistischen Rednern nichts. Die Ordner waren die ganze Zeit damit beschäftigt, ihrem Redner Dotter und Eierschalen aus dem Gesicht zu wischen. Nach jedem Treffer Jubel! Die über die riesigen Lautsprecher tönenden Hetztiraden gegen den Kommunismus gingen in einem Meer von Trillerpfeifkonzerten und ununterbrochenen Sprechchören („Nazis raus!" / „Auf-hö-ren!") unter. Durch einen disziplinierten Abzug der Demonstranten konnten die Provokationen der „Ordnungshüter" erfolgreich unterlaufen werden.

Den Schutz von 20 Faschisten hatten die Stadtherren sich einiges kosten lassen. Sie ließen ein riesiges Polizei- und Spitzelaufgebot anrollen: Vor dem Rathaus wurden etwa 200 Schutzbarrieren aufgebaut, vor und hinter denen sich die Polizisten postierten. Hinter den Polizeiketten und vor den Faschisten patrouillierten 12 Hundeführer mit Polizeihunden. Ein Pressefotograf wurde von einem Hund in den Arm gebissen und mußte sich noch Vorwürfe der Polizei anhören. Neun Mannschaftswagen mit voll ausgerüsteter Bereitschaftspolizei waren vorgefahren. Uniformierte Greiftrupps, die noch von zahlreichen Kommunistenjagden in Lüneburg bekannt sind, mischten sich unter die Demonstranten. Ihre Ausbeute war jedoch gering — ein halbes Dutzend Eier! Werfende Demonstranten wurden von anderen gewarnt und geschützt.

Die NPD hatte es vorgezogen, sich im Schutz der Polizei zu verschanzen. Ihre vier Büchertische haben sie gar nicht erst aufgebaut. Etwa 1.500 Demonstranten haben erfolgreich verhindert, daß die NPD in Lüneburg ihr faschistisches Gift verstreuen konnte. Durch unsere Aktion wurde unsere Solidarität gegen Reaktion und Faschismus erneut gestärkt.

Die Presse konnte nur mit saurem Lächeln feststellen: „Die Lüneburger waren lieber zu Hause geblieben — ob aus Desinteresse am Propagandagetöse oder demonstrativer Abkehr von allen Radikalinskis." Ja, ja, wie eh' und je' stellt hier die bürgerliche Presse den berechtigten Kampf gegen Reaktion und Faschismus als einen „Politspektakel" zwischen Linken und Rechten hin. Aber die „Lüneburger Zeitung" wirkt kaum überzeugend, wenn sie den Bürger als „besonnenen Demokraten" in den Himmel hebt, in der Hoffnung, er würde sich nicht gegen die Befürworter der Hitler-Verbrechen auflehnen und mit verschlossenen Augen still hinterm Ofen sitzen bleiben. So hätten sie es gerne! Und die gleiche Zeitung, die sich hier so schön „neutral" gab, hat in der letzten Zeit immer wieder Werbeanzeigen der NPD gedruckt! In ihren Leserbriefspalten können die Faschisten ihre Hetze treiben. Hier nur einige besonders üble Beispiele dafür:

„Jeder normal denkende Mensch muß zugeben, daß Hitlers Ideen und Wahrheiten seiner und unserer Zeit weit voraus waren und sind."

„Warum regt man sich so künstlich auf, wenn irgendwo mal ein Hakenkreuz auftaucht?"

„Der Schrei nach dem Verbot der NPD ist gesetzwidrig!"

„Der Kern der völkischen Weltanschauung bleibt richtig."

„Die 6 Millionen Juden sind noch lange nicht historisch bewiesen!"

Lüneburger, die hiergegen öffentlich protestiert hatten, bekamen per Telefon massive Morddrohungen zu hören.

Damit die NPD auf dem Marktplatz ungestört gegen den Kommunismus hetzen konnte, ließen sich die CDU, FDP, SPD und der DGB einfallen, zur gleichen Zeit eine Kundgebung für die „freiheitliche Demokratie" zu veranstalten, natürlich ganz woanders. Es kamen jedoch nur 300 Teilnehmer, obwohl extra jemand vom Vorstand der IG Metall aus Frankfurt angereist war.

Lange Zeit vorher hatten zahlreiche Lüneburger die Stadtherren aufgefordert, die NPD-Veranstaltung zu verbieten, wie man das zum Beispiel auch in Göttingen, Berlin, Osnabrück und anderswo genauso gemacht hat. Allerdings hat sich, so der Stadtdirektor, „an der Beurteilung der Rechtslage durch die Stadtverwaltung kein neuer Gesichtspunkt ergeben, der eine Rücknahme der Freigabe des Marktes für die NPD-Veranstaltung rechtfertigen könnte."

Wie heuchlerisch müssen diese Worte erscheinen, wenn die gleichen Stadtherren, die hier der NPD mit einem aufwendigen Polizeiaufgebot entscheidende Schützenhilfe leisteten, auf der anderen Seite zu einer Gegenkundgebung aufrufen! Heuchler sollte man zum Teufel jagen, sie benutzen die Demokratie nur als Deckmantel, um den Dreck an ihren eigenen Stiefeln zu verbergen. Die Proteste kamen so zahlreich (30 Leserbriefe wurden bereits abgedruckt), daß sich die „LZ" schließlich weigerte, weitere Leserbriefe zu veröffentlichen. Es wurden zahlreiche Resolutionen verabschiedet, besonders an Lüneburger Schulen. Es fand auch eine Veranstaltung der VVN-Lüneburg statt, auf der ein Film über die Judenvernichtung gezeigt wurde, anschließend erzählte ein alter Antifaschist über den Kampf in Lüneburg in den dreißiger Jahren. Die 80 Teilnehmer der Veranstaltung unterschrieben eine Resolution zum NPD-Verbot und diskutierten über Aktionen gegen die NPD-Kundgebung.

Auf große Empörung stießen auch die NS-Schmierereien an der Schule Oedeme. Dreimal im Monat Februar wurden 163(!) Hakenkreuze gemalt, andere Hoheitsembleme der Nazis, drei Reichsadler und am Haupteingang eine Parole von Mussolini: „Die großen Demokratien tragen die Gründe ihres Verfalls in sich". Der Verdacht richtet sich gegen den Sohn eines bekannten Lüneburger Politikers, dessen Namen man zunächst vorsorglich verschwieg.

Und was mit diesen Schmierfinken passiert, ist in Lüneburg bekannt: so gut wie nichts! Die Richter legen für „die Jugend" ein gutes Wort ein: „Diese Jugendlichen sind unreif und entwicklungsgestört, man muß ihre persönlichen Probleme in Rechnung stellen!" So erhielten im September 1976 die Faschisten Heinz L. (Forstwirt) und Heinrich B. nur vier Monate Gefängnis auf Bewährung bzw. minimale Geldstrafen, weil sie gewaltsam ins Jugendzentrum Lüneburg eingedrungen waren, 65 Jugendliche nach Waffen durchsuchten, sie dann in SA-Manier durch die Straßen trieben, während sie das Horst-Wessel-Lied mit anderen NPD-Anhängern sangen. Als ein Zuhörer vor dem Gerichtsgebäude ein NPD-Mitglied fotografierte, rückte Polizei an. Bei einer anderen Gerichtsverhandlung durften Faschisten aus Uelzen im Gerichtsflur Flugblätter verteilen, in denen es hieß: „Deutsche! Wenn ihr nicht genug Ärger mit dem Terrorismus habt, verurteilt Manfred Roeder. Dann gnade euch Gott!" (Der im Flugblatt erwähnte Roeder war der angeklagte Faschist.)

Harmlos war auch die Verurteilung von Edgar Geiß, der wegen seines Hitler-Grußes am Kappler-Grab mit einer Geldstrafe davonkam. Noch ein Fall aus Lüneburg: Ein Realschullehrer aus dem Landkreis hatte in der Zeitung „Hakenkreuzfahnen und SS-Uniformen zu Höchstpreisen" angeboten. Nicht etwa die Behörde griff ein — nein, das mußten erst empörte Leser tun. Nach dem Gesetz gäbe es bis zu drei Jahre Gefängnis für jeden, der NS-Symbole wie Fahnen, Uniformen, Parolen oder Grußformen des Dritten Reiches verwendet oder verbreitet. Für jeden? Peinlicherweise war dieser Lehrer SPD-Abgeordneter im Gemeinderat (übrigens ist die Witwe Kapplers ebenfalls SPD-Mitglied!). Das Gericht forschte genauer nach und siehe da, der Lehrer wollte nur „testen", ob noch tatsächlich nach Hinterlassenschaften des Dritten Reiches Bedarf bestünde — Freispruch.



Genau wie in anderen Orten schützte die Polizei hier die Neofaschisten.

Im letzten Jahr erlaubten sich die Nazis eine der schlimmsten Provokationen: Sie besudelten die Gedenkmauer des Konzentrationslagers Bergen-Belsen mit 50 Meter langen Hetzparolen gegen die Juden und NS-Symbolen. Daneben lagen Sonderausgaben des „Völkischen Beobachters" zum „89. Geburtstag des Führers". Außerdem wurden 24 Aufkleber gefunden mit der Aufschrift: „NSDAP jetzt!" sowie „NSDAP-Verbot aufheben!"

In Celle warfen die Faschisten Fensterscheiben ein. Die Steine waren mit NSDAP-Plakaten eingewickelt. Ein Wohnhaus wurde mit SS-Runen, Hakenkreuzen und anderen NS-Symbolen beschmiert. Und noch eine Provokation, geschehen in Lüneburg vor kurzem, am 30. Januar 1979! Gerade an dem Tag, als vor 38 Jahren Hitler mit seiner Nazipartei von den Krupp, Thyssen und Siemens in den Sattel der Macht gehoben wurde, dem schwärzesten Tag der deutschen Geschichte, an dem die faschistische Terrordiktatur begann und Millionen in den KZ's vernichtet wurden, gerade an dem Tag, seit dem Hitler auf vollen Touren den zweiten Weltkrieg vorbereiten konnte, in dem dann Millionen und aber Millionen auf den Schlachtfeldern verbluteten für die Profite der Rüstungskonzerne, der Kohle- und Stahlbarone und der IG-Farben-Bosse...

...ausgerechnet an diesem Tag wollte die „Deutsche Bürgerinitiative in der Lüneburger Heide" auf dem Lüneburger Marktplatz die Machtergreifung des Führers feiern und eine Kundgebung zur Wiederkehr des 30. Januar 1933 durchführen!

Immer frecher treten die Faschisten auf, während die Gegner von Staat und Polizei immer schärfer verfolgt werden. Ein neues 1933 darf es nicht geben. Lassen wir den Neonazis nicht einen Fußbreit. Sie nicht beachten, wäre eine nie wieder gutzumachende Wiederholung eines Fehlers in unserer Geschichte. Fordert das Verbot sämtlicher neonazistischer Organisationen! Wehret den Anfängen! Weg mit dem Polizeischutz von Nazipropaganda! Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!



Nazischmierereien und ein Mussolini-Spruch an der Wand eines Gymnasiums in Lüneburg.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Gebietsreform am Beispiel Diez

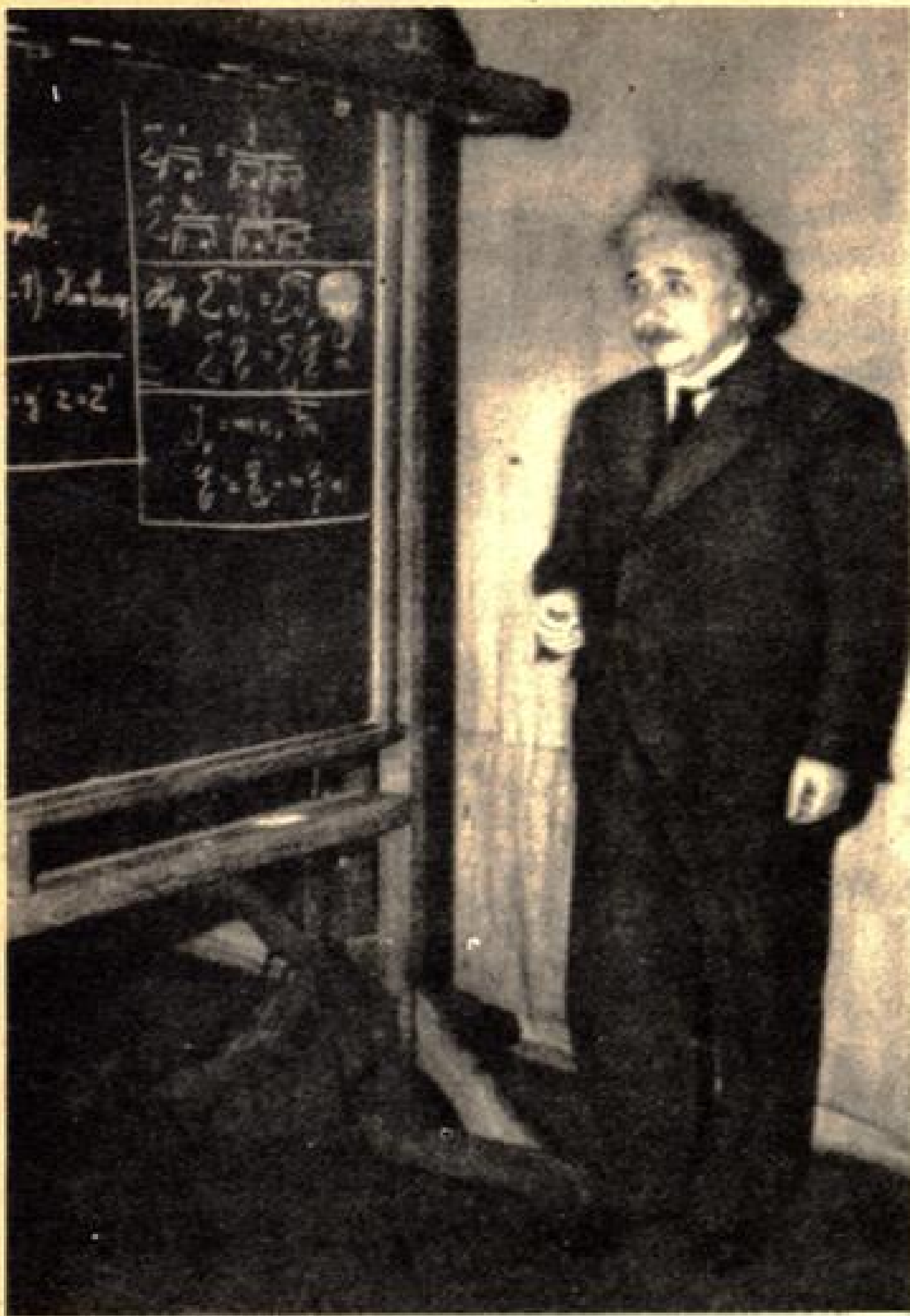
Volkskorrespondenz aus Diez

„Das Land ist in seiner räumlichen Struktur so zu entwickeln, daß der freien Entwicklung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft am besten gedient wird. Dabei sind die natürlichen Gegebenheiten sowie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfordernisse zu beachten. Diese Grundsatzvorschrift des Landesplanungsgesetzes bildet die Richtschnur für jedes auf den Raum wirkende hoheitliche Handeln aller Träger der Exekutive, die im Lande Rheinland-Pfalz tätig werden."

Diese Sätze stehen im „Amtsblatt der Verbandsgemeinde Diez". Meiner Meinung nach ist aber hier in unserem Raum eine Rückwärtsentwicklung erfolgt, über die viele Einwohner stöhnen. Aus mir unerklärlichen Gründen ist Diez seit einiger Zeit nicht mehr Kreisstadt, sondern gehört zu Bad Ems. Was das für Folgen für uns hier hat, will ich an einem Beispiel schildern:

Vor kurzem schenkte mir ein Verwandter einen Motorroller, damit ich damit zur Arbeit fahren kann. Ich wollte ihn auf der Verbandsgemeinde zulassen und erfuhr, daß Fahrzeuge, die länger als ein Jahr abgemeldet sind, nur im ca. 30 Kilometer entfernten Bad Ems zugelassen werden können. Da kann man aber in keiner Mittagspause hinkommen und auch nicht nach Feierabend. Wenn man keine Beziehungen hat — die große Zauberformel in unserer Zeit! — bleibt einem nichts anderes übrig, als sich zwei Tage Urlaub zu nehmen. Einen Tag, um sich einen Blankobrief zu holen, um damit zum TÜV zu gehen; und einen weiteren, um dann endlich das Fahrzeug zulassen zu können. Das bedeutet zwei Tage unbezahlten Urlaub (das merkt man in der Lohntüte), und man hat Ärger im Betrieb, denn bei der heutigen Arbeitshetze sind zwei Tage unbezahlter Urlaub fast unmöglich. So kann eine Kleinigkeit wie die Zulassung eines Motorrollers zum Verhängnis werden.

In der Praxis ist es also nichts mit der Forderung im Landesplanungsgesetz: „...der Bevölkerung sollen in zumutbarer Entfernung zentralörtliche Einrichtungen zugänglich sein." Ein weiteres Beispiel dafür, daß die Gebietsreformen meistens nicht im Interesse von uns Werktätigen sind.



Zum 100. Geburtstag Albert Einsteins

Einsteins Werk — eine Bestätigung des dialektischen Materialismus

Albert Einstein war ein kritischer, ehrlicher Mensch, dem jede blinde Übernahme althergebrachter „Wahrheiten" und Autoritäten verabscheuungswürdig war. Das kennzeichnet sein wissenschaftliches Werk. Das ließ ihn aber auch in einer Zeit imperialistischer Kriege und des Faschismus zu einem engagierten politischen Menschen werden, der keine politische Neutralität anerkannte und darum mit den Herrschenden der kapitalistischen Welt immer wieder in Konflikt geriet. Sein Ruf als „Roter" war begründet. Als Verehrer Lenins und der Oktoberrevolution, als kämpferischer Antifaschist und Freund der deutschen Arbeiterbewegung entwickelte er sich zum Sozialisten, wenn er auch nicht den Marxismus annahm. Politisch hat Einstein in wesentlichen Fragen immer auf der Seite des Fortschritts gestanden.

„Warum reden die Leute nur immer von der Relativitätstheorie. Ich habe doch auch andere ganz brauchbare Sachen gemacht." Dieser Seufzer Albert Einsteins ist nicht ganz unberechtigt. Den Nobelpreis erhielt er zum Beispiel für die Begründung der Lichtquantentheorie, eine Anwendung der von Max Planck 1900 geschaffenen Quantentheorie auf das Licht, die große Auswirkungen auf das heutige Bild der modernen Physik nach sich zog. Zu diesem Zeitpunkt war die 1905 geschaffene „Spezielle Relativitätstheorie" nur wenigen Gelehrten bekannt. Sie mußte sich die Anerkennung durch die wissenschaftliche Fachwelt erst erkämpfen.

Erst nach dem Weltkrieg, nachdem Einstein 1915 sein Lehrgebäude zur „Allgemeinen Relativitätstheorie" erweitert hatte, brach die Zeit an, wo die Relativitätstheorie zum „Allgemeingut" auf Gesellschaften und in Clubs wurde. „Es ist ja alles relativ" — dieses geflügelte Wort ging wie Butter in die bürgerliche Gesellschaft ein, konnte man mit ihm doch praktisch alles erklären oder abtun, wie es einem beliebte. Daß Einsteins Theorie in Wirklichkeit eine glänzende Bestätigung der Weltanschauung des Proletariats, des Dialektischen Materialismus, ist, erschloß sich nur denen, die sich die Mühe machten, in das Wesen der Theorie vorzudringen.

Worum es geht, wollen wir hier kurz anreißen. Zur Jahrhundertwende war die klassische Physik ein abgeschlossenes Lehrgebäude, mit dem man alle Erscheinungen erklären konnte. Alle? Fast alle! Es gab auch Erscheinungen, die sich den bekannten Gesetzen zu widersetzen schienen. Eine dieser Erscheinungen betraf die Lichtgeschwindigkeit, die man schon lange zu 300.000 Kilometer pro Sekunde zu messen gelernt hatte.

Bewegt man sich nun auf eine Lichtquelle mit einer bestimmten Geschwindigkeit zu und mißt dann die Geschwindigkeit des entgegenkommenden Lichts, so müßte man einen um die eigene Geschwindigkeit höheren Wert messen. Messungen dieser Art waren bereits 1851 an der Lichtausbreitung in bewegten Körpern gemacht worden. Diese Versuche wie auch der berühmte Michelson-Versuch von 1925, wo die Lichtgeschwindigkeit einmal in Bewegungsrichtung der Erde (auf ihrem Weg um die Sonne) und einmal entgegengesetzt gemessen wurde, ergab paradoxerweise immer nur den einen Wert von 300.000 Kilometern pro Sekunde. Alle Versuche, dieses Ergebnis mit den Lehren der klassischen Physik zu erklären, schlugen fehl!

Einstein war kühn genug, nicht die Tatsachen der Theorie anzugleichen, sondern im Gegenteil den von jeder Bewegung der Lichtquelle unabhängigen konstanten Wert der Lichtgeschwindigkeit als Tatsache anzuerkennen und zum Ausgangspunkt einer Überprüfung althergebrachter Vorstellungen zu machen. Das Ergebnis ist in der Speziellen Relativitätstheorie zusammengefaßt: **Es gibt kein absolut ruhendes System, auf das man alle Bewegungen und Vorgänge in der Welt beziehen könnte!**

Dieses Ergebnis bringt oft beschriebene Konsequenzen mit sich: So werden zum Beispiel zwei Ereignisse, die für einen Beobachter gleichzeitig erscheinen, von einem anderen in Bewegung befindlichen Beobachter als **nicht** gleichzeitig gemessen. Oder: Die von einem auf der Erde ruhenden Beobachter gemessene Länge eines Hauses erscheint für einen mit hoher Geschwindigkeit vorbeifahrenden Beobachter verkürzt. Oder: Eine mit hoher Geschwindigkeit transportierte Uhr geht langsamer als eine auf der Erde ruhende Uhr.

Alle diese Erscheinungen treten allerdings erst dann merklich in Erscheinung, wenn die Geschwindigkeit des sich bewegenden Beobachters nahe an die Lichtgeschwindigkeit herankommt. Bei kleineren Geschwindigkeiten, mit denen wir es normalerweise zu tun haben, werden die relativistischen Effekte unmerklich klein. Das ist auch der Grund dafür, daß die Relativitätstheorie dem „normalen Menschenverstand" zu widersprechen scheint, weil unsere bisherigen Vorstellungen eine Widerspiegelung unserer Lebensverhältnisse sind, in denen sich eben niemand mit Lichtgeschwindigkeit fortbewegt.

Ist die Spezielle Relativitätstheorie schon eine Bestätigung des dialektischen Grundsatzes, daß die Materie nicht anders als in Bewegung befindlich existieren kann und daß es keine absolute Ruhe gibt, so zeichnet die Allgemeine Relativitätstheorie ein noch vollkommeneres Bild von der dialektischen Einheit der Welt.

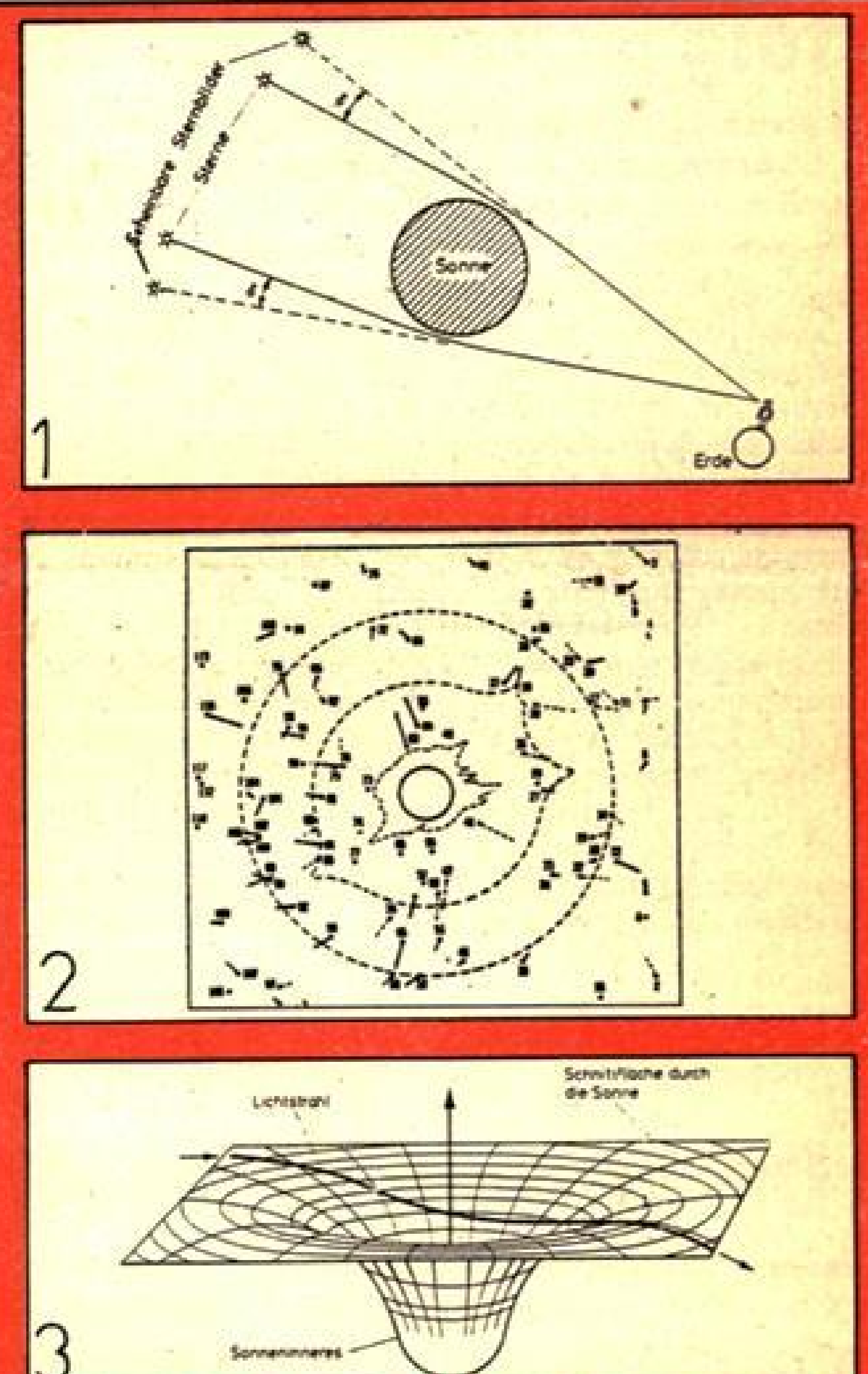
Einsteins Ausgangspunkt war dabei folgendes Gedankenexperiment: Ein Mensch, der sich in einem fahrstuhlähnlichen Kasten befindet und mit einer gewissen Kraft nach unten gedrückt wird, kann nicht entscheiden, ob sich der Fahrstuhl nun auf der Erde befindet und er durch die Anziehungskraft der Erde (Gravitation) nach unten gedrückt wird, oder ob sich der Fahrstuhl im leeren Weltraum aufhält und nach oben beschleunigt wird (zum Beispiel durch Raketenantrieb). Beide Fälle lassen eine Kraft nach unten auftreten, von der der Mensch im Fahrstuhl nicht weiß, woher sie kommt. Aus dieser Tatsache hat Einstein die Äquivalenz (Gleichwertigkeit) von Erdanziehungskraft (oder allgemein Gravitation eines jeden Himmelskörpers) und von beschleunigter Bewegung gefolgert.

Um zu verstehen, welche Schlußfolgerungen sich aus dieser Annahme ergeben, muß man noch einmal zu den Auffassungen der klassischen Physik von Raum und Zeit zurückgehen. Der Begründer der klassischen Mechanik, Isaac Newton (1643 - 1727), legte seinem Weltbild folgende Vorstellung zugrunde: Nimmt man, sagte Newton, aus der Welt die Materie heraus, dann bleibt immer noch der leere Raum und die Zeit übrig. Der leere Raum als Behälter für die Materie und die der Materie von außen aufgeprägte Bewegung, das war das Weltbild des mechanischen Materialismus. Diese Auffassung ist von den Begründern des Dialektischen Materialismus philosophisch kritisiert worden. So bezeichnete Friedrich Engels Raum und Zeit als „Existenzformen der Materie". „Die beiden Existenzformen der Materie sind natürlich ohne die Materie nichts..." (Engels, Anti-Düring, MEW Bd. 20, S. 503).

Die Allgemeine Relativitätstheorie hat diese Auffassung aufs glänzendste bestätigt und konkretisiert. Nach ihr sind alle Eigenschaften der Materie abhängig von deren Lage in Raum und Zeit, und die zu einer Einheit zusammengefaßte Raum-Zeit ist wiederum abhängig von der quantitativen Verteilung der Massen. Raum und Zeit sind in der Allgemeinen Relativitätstheorie die notwendige Form der unlösbaren und ständigen dialektischen Wechselwirkung der Materie. Von dieser materiellen Wechselwirkung sind Raum und Zeit untrennbar, während umgekehrt die Materie nur in dieser ständigen Wechselwirkung und damit also in raum-zeitlicher Form existiert und existieren kann.

Die Allgemeine Realtivitätstheorie ist inzwischen in vielerlei Hinsicht bestätigt worden. So sagte Einstein zum Beispiel voraus, daß ein Lichtstrahl, der dicht an der Sonne vorbeistreift, aus seiner geraden Bahn leicht abgelenkt wird. Das erklärte er dadurch, daß er die Gravitationskraft der Sonne als raumzeitliche Krümmung interpretierte. In der Tat hat man mehrmals danach totale Sonnenfinsternisse ausgenutzt, um die Sterne am Rande der Sonnenscheibe zu fotografieren. Als man dieselbe Stelle des Himmels später noch einmal fotografierte, diesmal ohne die Sonne, die jetzt woanders stand, stellte man fest, daß die Sterne in der Umgebung des Sonnenrandes auf der zweiten Aufnahme nach innen gerückt waren — um genau den Betrag, den die Theorie vorhersagt!

Albert Einstein ist immer davon ausgegangen, daß die Erfahrungen des Menschen **nur der Zugang** zu der objektiv existierenden Realität sind. Somit ist Einstein dem Materialismus treu geblieben. Sein Werk bestätigt Lenins Feststellung: „Die moderne Physik ist in Geburtswehen. Sie ist dabei, den dialektischen Materialismus zu gebären" (Lenin, Werke Bd. 14, S. 316).



Die Lichtablenkung an der Sonne: Bild 1 zeigt schematisch, wie durch die Lichtablenkung der Ort der Sterne scheinbar verrückt. Bild 2: eine historische Messung der Lichtablenkung von 1922. Die Striche kennzeichnen die Ortsveränderungen der Sterne durch die Lichtablenkung. Bild 3 veranschaulicht ***bildhaft*** *die durch die Raumkrümmung in der Nähe der Sonne verursachte Ablenkung des Lichtstrahls.*

Ein kämpferischer Demokrat und Antifaschist

1914. Bei Ausbruch des ersten Weltkriegs handelt Einstein als aktiver Pazifist. Zusammen mit zwei anderen Berliner Professoren unterschreibt er eine Erklärung, die gegen den imperialistischen Krieg gerichtet ist.

Ende 1914 tritt er dem „Bund Neues Vaterland" bei, einer Antikriegsvereinigung von Geistesschaffenden, in der auch Karl Liebknecht zu finden war.

1918. Einstein begrüßt mit Begeisterung die Novemberrevolution. Mehrfach spricht er auf Versammlungen zu den Arbeitern. Genauso begrüßt er die Niederschlagung des reaktionären Kapp-Putsches 1920 durch die geeinte Kraft der deutschen Arbeiterklasse.

19. 19. 1920. Der deutsche Nobelpreisträger Philipp Lenard richtet „scharfe, bösartige Angriffe gegen Einstein, mit unverhüllt antisemitischer Tendenz" (Einstein war Jude). Auf die Autorität Lenards kann sich seitdem eine „Anti-Einstein-Liga" stützen, die mit unwissenschaftlichen, demagogischen und antisemitischen „Argumenten" gegen die Relativitätstheorie zu Felde zieht und Einsteins Lehre durch eine „deutsche Physik" ersetzen will. Die Mehrheit der deutschen Physiker steht zu Einstein!

1923. Einstein unterzeichnet mit anderen den Gründungsaufruf der „Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußland". Er wird zum korrespondierenden, 1927 zum Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR ernannt.

26. 10. 1931. Einstein hält in Berlin an der marxistischen Volksuniversität MASCH einen Vortrag „Was der Arbeiter von der Relativitätstheorie wissen muß".

1932. Einstein ist Mitunterzeichner des bekannten Aufrufs zur Bildung der antifaschistischen Einheitsfront von KPD und SPD.

1933. Die Nazis ergreifen die Macht. Einstein kehrt von einer Reise in die USA nicht mehr nach Deutschland zurück. Am 28. 3. 33 legt er sein Amt bei der Preußischen Akademie der Wissenschaften nieder mit der Begründung, „. . . daß ich nicht in einem Staat leben wolle, in dem den Individuen nicht gleiches Recht vor dem Gesetz sowie Freiheit des Wortes und der Lehre zugestanden wird".

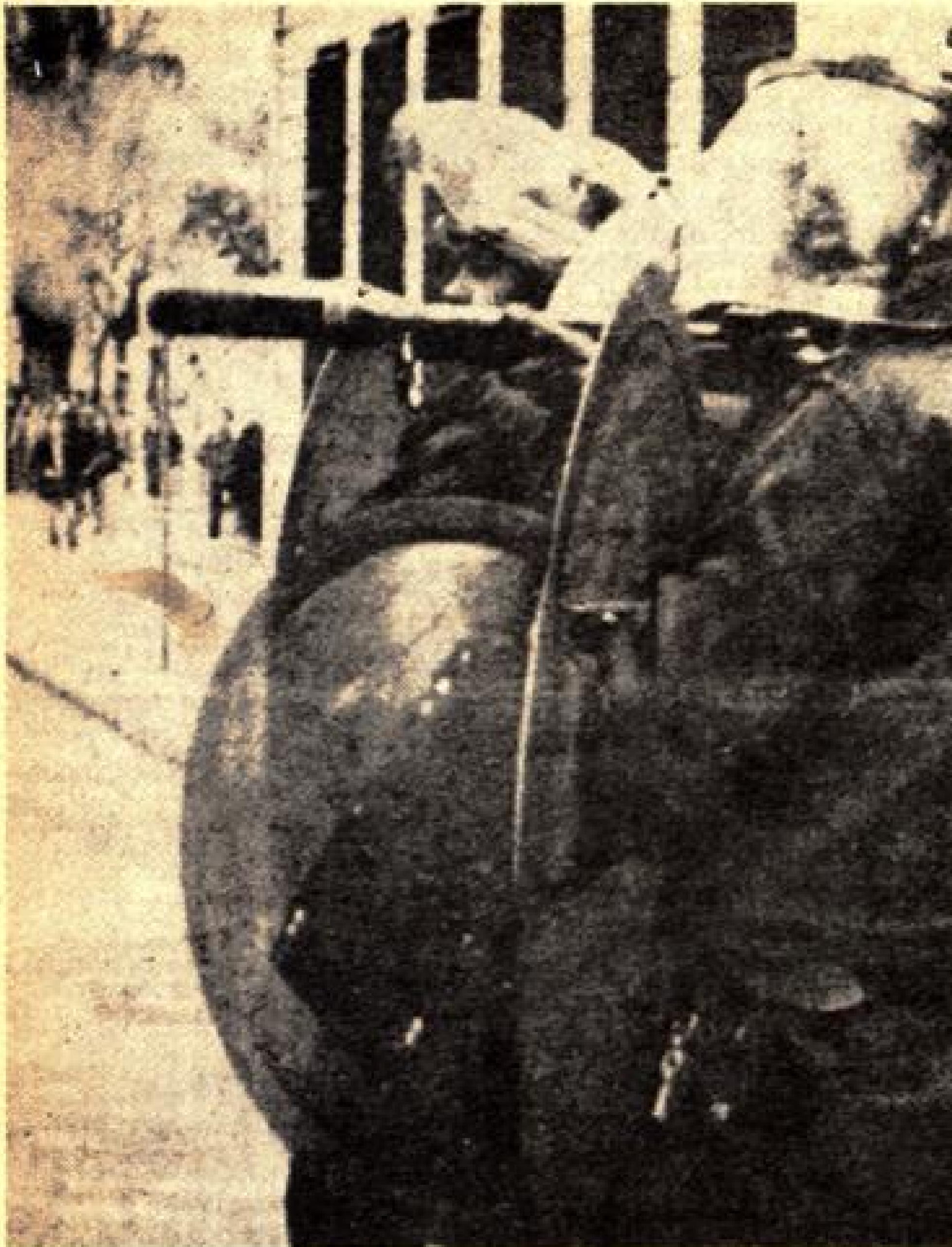
• Die Berichte von den Greueln der Nazi-Herrschaft veranlassen Einstein, von den Positionen des Pazifismus zu einem kämpferischen Antifaschismus überzugehen. Alarmiert von den Meldungen, daß Hitler die Atombombe bauen ließe und dann die ganze Welt erpressen könnte, unterzeichnet er einen Brief an den amerikanischen Präsidenten Roosevelt mit der Aufforderung, den Bau der Atombombe in Angriff zu nehmen.

Um so empörter ist er, als die USA-Regierung die zwei Atombomben auf Nagasaki und Hiroshima abwerfen läßt, obwohl der Krieg so gut wie zu Ende ist. Von dem Tag an beginnt sein Kampf gegen die Atombombe. Noch kurz vor seinem Tode unterzeichnet er, im Hinblick auf den Bau der Wasserstoffbombe, mit Bertrand Russell einen Aufruf zur Ächtung der Atombomben.

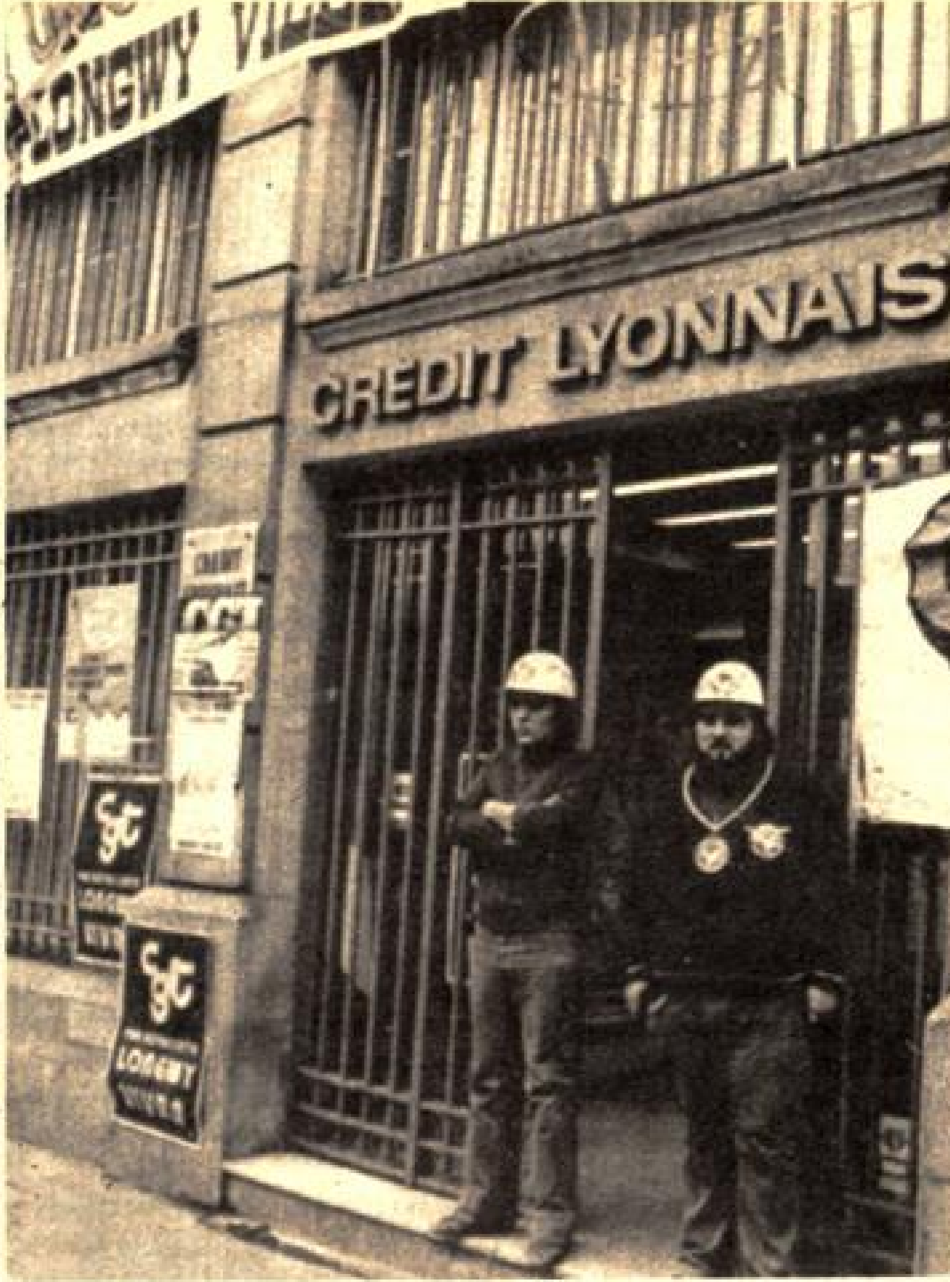
1949. Einstein verfaßt einen Artikel „Warum Sozialismus?", in dem er das Profitstreben der kapitalistischen Gesellschaft anprangert.

1953. An einen der Sympathie mit den Kommunisten verdächtigen Lehrer, der vor den berüchtigten McCarthy-Untersuchungsausschuß „gegen unamerikanische Umtriebe" geladen wird und dem Berufsverbot in den USA droht, schreibt Einstein einen Brief, der in der „New York Times" abgedruckt wird: „. . . Es ist den reaktionären Politikern gelungen, durch Vorspiegelung einer äußeren Gefahr das Publikum gegen alle intellektuellen Bemühungen mißtrauisch zu machen. Auf der Basis dieses Erfolges sind sie daran, die freie Lehre zu unterdrücken und die nicht Fügsamen aus allen Stellungen zu verdrängen. (. . .) Ich sehe, offen gestanden, nur den revolutionären Weg der Verweigerung jeglicher Zusammenarbeit. (. . .) Jeder Intellektuelle, der vor ein Komitee geladen wird, müßte jede Aussage verweigern. (. . .) Wenn sich genug Personen finden, die diesen harten Weg zu gehen bereit sind, wird ihnen Erfolg beschieden sein."

1. 3. 79. Bundespräsident Walter Scheel, ehemals Mitglied der NSDAP, verliert auf einer Feierstunde große Worte über Albert Einstein: „Einstein wollte nach dem Kriege nicht in Deutschland arbeiten. (. . .) Das hatte seinen Grund darin, daß er an die Fähigkeit unseres Volkes zur Freiheit nicht mehr glauben mochte. Wir haben den Gegenbeweis angetreten. Dies ist ein freies Land." Diese Worte sind ein wahrer Hohn auf die Wirklichkeit des Bonner Staates. Ein Wissenschaftler mit den Ansichten Einsteins hat in der Bundesrepublik im Jahre 1979 zumindest Berufsverbot!



Nantes: Die Bürgerkriegstruppe CRS im Einsatz gegen eine Arbeiterdemonstration.



Longwy: Stahlarbeiter haben eine Bank besetzt.

Nach anhaltenden Massenaktionen

Erfolg im Kampf der französischen Stahlarbeiter

Einen ersten Erfolg haben die Stahlkocher Frankreichs in ihren Kämpfen gegen die angekündigten Massenentlassungen erreicht. Der Konzern Usinor sah sich in der letzten Woche gezwungen, eine Erklärung abzugeben, nach der die geplante Entlassung von 12.500 Arbeitern vorerst auf Eis gelegt wird. Verhandlungen mit den Gewerkschaften wurden angekündigt.

Damit reagierte der Konzern auf die anhaltenden Kämpfe der Stahlwerker in Lothringen und Nordfrankreich, die in den letzten Wochen eine dramatische Verschärfung erfahren hatten. Vor allem im lothringischen Stahlzentrum Longwy ist über Monate hinweg die Kette der militanten Protestaktionen nicht mehr abgerissen. Massendemonstrationen, Protestparolen an den Wänden, von Demonstranten blockierte Zufahrtstraßen und besetzte öffentliche Gebäude, aber auch ein gewaltiges Polizeiaufgebot kennzeichnen das Bild der Stadt.

Zu heftigen Kämpfen kam es in der vergangenen Woche auch in der nordfranzösischen Stahlarbeiterstadt Denain. Am Mittwoch griff die Polizei brutal Tausende von Arbeitern an, die gegen die Massenentlassungen demonstrierten. Zwei Arbeiter wurden dabei schwer verletzt. Am darauffolgenden Tag glich die Stadt einem Hexenkessel. Der brutale Polizeiüberfall brachte noch mehr Kollegen auf die Straße. Und wieder versuchten die schwerbewaffneten Polizeitruppen, den Aufmarsch mit nackter Gewalt zu zerschlagen.

Sie feuerten unter anderem auch Tränengasgranaten in die Menge. Mit solchen Granaten ist im vergangenen Jahr bei einer Demonstration der Atomkraftwerksgegner Michalon ermordet worden. Neue Kampfaktionen der Stahlarbeiter und der mit ihnen sympathisierenden Werktätigen zwangen die örtlichen Behörden schließlich, die Polizeitruppen aus der Stadt abzuziehen.

Mit dem vom Usinor-Konzern verkündeten vorläufigen Entlassungsstop haben die französischen Stahlwerker zweifellos einen Sieg errungen. Es hat sich wieder gezeigt, daß Erfolge für die Arbeiterklasse nur im kompromißlosen Kampf, im Kampf Klasse gegen Klasse erzielt werden können. Die französischen Stahlkocher haben das begriffen. Sie vertrauen weder auf die demagogischen Versprechungen der Regierung, noch auf das „Verhandlungsgeschick" der Gewerkschaftsführer, die wiederholt die militanten Kampfaktionen der Arbeiter als abenteuerlich diffamiert haben.

Mit dem letzte Woche erkämpften Erfolg sind aber die Rationalisierungspläne der Stahlbarone und des Staates, in deren Verlauf Zehntausende von Arbeitsplätzen vernichtet werden sollen (21.000 allein im Becken von Longwy) nicht vom Tisch. Der Kampf wird in aller Schärfe weitergehen. In den nächsten Wochen ist zum Beispiel eine große Sternfahrt der Stahlarbeiter nach Paris geplant, wo sie am Sitz der Regierung für ihre Forderungen demonstrieren wollen.

Die Terrorherrschaft des Pol-Pot-Regimes

Zu unserem Kommentar „Hände weg von Vietnam!" im RM 9/79 schrieb uns ein Leser: „... Überrascht hat mich, daß da vom faschistischen Pol-Pot-Regime die Rede war. Ich will nicht grundsätzlich abstreiten, daß diese Behauptung richtig ist. Da hat man ja zuviele Dinge aus Kambodscha gehört, die einem äußerst merkwürdig vorkamen. Aber ich meine, es geht nicht an, eine solche Einschätzung einfach so in den Raum zu stellen, wo wir doch lange Zeit Kambodscha unterstützt haben. Der RM sollte sich zu dieser Frage noch einmal ausführlicher äußern."

Unser Leser hat recht. Im folgenden wollen wir unsere Haltung zum gestürzten Pol-Pot-Regime kurz erläutern. Die Befreiung Kambodschas vom Joch der amerikanischen Besatzer vor vier Jahren war ein historisches Ereignis, ein großartiger Sieg des kambodschanischen Volkes, der bei allen Völkern tiefe Freude auslöste. Die revolutionären Kräfte in aller Welt, darunter auch unsere Partei, haben dieses Ereignis begeistert begrüßt und sowohl vor als auch nach der Verjagung der amerikanischen Imperialisten die Befreiungsfront aufrichtig nach Kräften unterstützt. Es zeigte sich jedoch, daß die neuen Machthaber in Phnom Penh das Vertrauen, das ihnen entgegengebracht wurde, schändlich mißbrauchten.

Lange Zeit war unklar, welche politische Kraft überhaupt an der Spitze der Befreiungsfront und später der Regierung in Kambodscha stand. Im September 1977 wurde in Peking der Ministerpräsident Pol Pot mit den höchsten Ehren empfangen. Er gab bei dieser Gelegenheit die Existenz einer Kommunistischen Partei Kambodschas bekannt, als deren Vorsitzender er sich vorstellte. Ein wahrhaft einmaliger Vorgang. Zwei Jahre nach der Befreiung des Landes wird den Kambodschanern und der Welt bekanntgegeben, daß es die KP Kambodschas gibt und daß sie es ist, die an der Spitze des neuen Staates steht. Eine Partei, die vor dem eigenen Volk verborgen bleibt, die sich auch nach der Machtergreifung im Dunkeln hält, ein solches Monstergebilde kann nie und nimmer eine kommunistische Partei sein.

Und wie verhielt es sich mit der Politik dieser Partei und des Pol-Pot-Regimes? Die systematische Entvölkerung der Städte und die massenweise Zwangsumsiedlung ihrer Bewohner aufs Land, um die ganze Gesellschaft in eine bäuerliche Existenzform zu zwingen — all das ist dem Sozialismus fremd und völlig entgegengesetzt. Diese Politik zielt direkt auf die Liquidierung des Proletariats, der führenden Klasse des revolutionären Prozesses ab. Die neuen Herren Kambodschas wollten eine „neue Gesellschaft" auf der Grundlage bäuerlicher Fronarbeit schaffen. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Politik nur mit den Methoden des Zwangs und der Terrorherrschaft durchzuführen ist.

Das Pol-Pot-Regime hat mit seinem Terror den Sozialismus diskreditiert und den Reaktionären auf der ganzen Welt einen willkommenen Anlaß für ihre antikommunistische Hetze gegeben. Kennzeichnend für die Haltung dieses Regimes gegenüber der internationalen kommunistischen Bewegung war die Isolierung der albanischen Botschaft in Phnom Penh. Die albanische Zeitung „Zëri i Popullit" schrieb dazu: „Die volksfeindliche Linie dieses Regimes zeigte sich auch daran, daß die albanische Botschaft in der kambodschanischen Hauptstadt, die Botschaft eines Landes, das dem Volk von Kambodscha alle ihm nur mögliche Hilfe gab, isoliert gehalten wurde, ja sogar mit Stacheldraht umgeben war, als sei sie ein Konzentrationslager. In einer derartigen Lage waren auch die anderen Botschaften. Die albanischen Diplomaten haben konstatiert, daß das kambodschanische Volk von der Clique um Pol Pot und Jeng Sary auf unmenschliche Weise behandelt worden ist."

Die Wahrheit über die Greuel des Terrorregimes mußte sogar vom ehemaligen kambodschanischen Staatschef Sihanouk bestätigt werden, der im Januar als offizieller Gesandter der Regierung Pol Pots vor der UNO auftrat. Sihanouk nannte das Regime einen „Alptraum" und den „schlimmsten Verächter der Menschenrechte in der Welt". Er erklärte unter anderem: „Die Bevölkerung sollte wenigstens Grundrechte haben, Freizügigkeit, Postverkehr, freie Partnerwahl bei der Ehe, Gerichte und Anwälte und Geld. Aber es gibt ja nichts."

All das macht deutlich, daß die Pol-Pot-Clique tatsächlich ein faschistisches Terrorregime errichtet, daß sie den heldenhaften Befreiungskampf des kambodschanischen Volkes vollständig verraten hat.

Peking: Neue Aggressionen gegen Vietnam angekündigt

Mit einer höllischen Feuerwalze von Artilleriegeschossen hatte die Militärmaschine Deng Xiaopings den Invasionstruppen den Weg gebahnt. Wievielen Vietnamesen mag es so ergangen sein wie den Bewohnern des Dorfes Than Lao? Während sie nach einem Fest im Schlaf lagen, ging die Feuerwalze über sie hinweg. Keiner überlebte. Das vietnamesische Volk muß wieder einmal seine Toten zählen. Wieder einmal stehen die Menschen dieses leidgeprüften Volkes vor rauchenden Trümmern.

Die Mörder aber, die Kriegsbrandstifter in Peking, haben jetzt schon angekündigt, daß sie — wann immer es ihnen paßt — erneut „in Notwehr zurückschlagen" werden. Wen erinnert das nicht an die Sprache der offenen faschistischen Arroganz, wie man sie von den Führern solcher Gangsterstaaten wie Israel oder Rhodesien kennt? So wie diese Verbrecher sich das „Recht" herausnehmen, wann immer sie sich „provoziert" fühlen, die Nachbarländer mit Bomben und Granaten zu überfallen, so haben auch die Pekinger Führer deutlich gemacht, daß sie den Boden des vietnamesischen Volkes als ein Gebiet betrachten, das sie nach Belieben erneut heimsuchen können.

Diese faschistischen Drohungen — zynischerweise verbunden mit Rückzugserklärungen und Verhandlungsangeboten — haben noch einmal die blutige Fratze der chinesischen Revisionisten enthüllt. Sie, die über das chinesische Volk ein Regime der brutalen Ausbeutung und Unterdrückung errichtet haben, wollen auch andere Völker unter ihre Knute zwingen. Der Überfall auf Vietnam und die Ankündigung neuer Aggressionen zeigen, daß die Pekinger Revisionisten von einem grenzenlosen Großmachtchauvinismus getrieben sind, daß sie ihre Klauen nach Südostasien ausstrecken und jetzt schon daran gehen, sich am Kampf der imperialistischen Mächte um die Weltherrschaft zu beteiligen.

Die Völker müssen auf der Hut sein vor diesem aggressiven Räuber, der zur Verwirklichung seiner Großmachtpläne nicht nur das vietnamesische Volk mordet, sondern auch bedenkenlos mit der Gefahr eines Weltkriegs spielt. Unsere Solidarität gehört in diesen Tagen dem Volk Vietnams, das in einem schweren Kampf für die Vertreibung der chinesischen Aggressoren steht.

Die chinesischen Truppen müssen sofort alle Kampfhandlungen einstellen und sich umgehend hinter die Grenzen Chinas zurückziehen!



Die wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien auf der ganzen Welt haben die chinesische Aggression gegen Vietnam entschieden verurteilt und als Ausdruck des Großmachtchauvinismus der Pekinger Führer angeprangert. Zugleich haben sie ihre Solidarität mit dem vietnamesischen Volk bekräftigt. Das obenstehende Faksimile gibt die Schlagzeilen aus einigen Organen unserer Bruderparteien sowie der proletarisch-revolutionären Zeitung „Halkin Kurtulusu" aus der Türkei wider.

Carters Nahost-Reise

Washington zimmert ein neues Paktsystem

Der amerikanische Präsident Carter hat sich persönlich in den Nahen Osten bemüht, um endlich den sogenannten Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten unter Dach und Fach zu bringen. Begleitet wurde er bei seiner Reise vom Kriegsminister Brown. Und das hat seinen Grund. Denn bei Carters „Friedensmission“ geht es in Wahrheit um so unfriedliche Dinge wie Reorganisierung des militärischen und politischen Paktsystems der amerikanischen Supermacht im Nahen Osten.

Die unmittelbare Ursache dafür ist der revolutionäre Sturz des faschistischen Schah-Regimes im Iran. Dieses Regime war neben dem Gangsterstaat Israel die wichtigste Stütze der imperialistischen Nahost-Politik Washingtons. Seine Bedeutung für die amerikanische Supermacht bestand nicht nur darin, daß es die schrankenlose Ausplünderung des iranischen Erdöls durch die US-Monopole gewährleistete. Es war darüber hinaus der Gendarm Washingtons am Persischen Golf, eine mit amerikanischen Waffen bis an die Zähne aufgerüstete aggressive Militärmacht, die von den amerikanischen Imperialisten zur Unterdrückung des Kampfes der Völker am Persischen Golf eingesetzt werden konnte.

So standen bis zum Umsturz in Teheran iranische Elite-Einheiten in dem Golfland Oman, wo sie das reaktionäre Regime



Palästinensische Partisanen haben einen israelischen Militärhubschrauber abgeschossen.

Komplott gegen das Volk von Palästina

Eines der wesentlichen Ziele der sogenannten Friedenspolitik, die Carter mit dem israelischen und ägyptischen Regime betreibt, ist die Vernichtung der palästinensischen Befreiungsbewegung. Nach dem von Washington ausgeheckten „Friedensvertrag“ soll auch das ägyptische Regime die Existenz und die Grenzen Israels anerkennen, sich also dem gerechten Kampf des Volkes von Palästina in den Weg stellen.

Carter hatte auch noch die Stirn, von Kairo aus die Palästinenser zu einer Anerkennung dieses Vertrags aufzurufen. Die Vertreter des palästinensischen Volkes jedoch haben ihre uneingeschränkten Willen bekundet, den bewaffneten Kampf gegen die israelischen Besatzer fortzusetzen. Ende der letzten Woche traten die arabischen Werktätigen in den von Israel 1967 besetzten Gebieten Palästinas in den Generalstreik.

bei der Unterdrückung der revolutionären Bewegung in der Provinz Dhofar unterstützten. Eine andere wichtige Aufgabe, die das Schah-Regime für die amerikanische Supermacht wahrnahm, bestand in der Unterstützung und Finanzierung reaktionärer proamerikanischer Bastionen im ganzen Nahen Osten. Mit iranischem Öl wurden die israelische Wirtschaft und die israelische Kriegsmaschine in Gang gehalten. Mit iranischen Öldollars wurden das frühere Daud-Regime in Afghanistan und das Sadat-Regime in Ägypten gepäppelt. In beiden Ländern hatten zeitweilig die sowjetischen Sozialimperialisten einen beherrschenden Einfluß. Die Milliarden aus dem Iran trugen dazu bei, daß die amerikanischen Imperialisten Sadat vollständig in ihr Lager herüberziehen konnten. In Afghanistan allerdings wurde eine solche Entwicklung durch einen von Moskau inszenierten Putsch gegen das Daud-Regime verhindert.

Mit dem Sturz der Monarchie in Teheran ist diese wichtige Stütze für die Aufrechterhaltung der amerikanischen Kontrolle über weite Teile des Nahen Ostens zusammengebrochen. Die revolutionäre Erhebung des iranischen Volkes war ein schwerer Schlag gegen die amerikanische Supermacht. Hektisch bemühen sich die US-Imperialisten in den letzten Wochen, ihr System der Herrschaft in dieser Region wieder zu festigen. Natürlich haben sie die Hoffnungen nicht aufgegeben, den Iran erneut unter ihre Herrschaft zu zwingen, versuchen sie, ihren Einfluß auf die Regierung Khomeinys zu stärken, besteht auch nach wie vor die Gefahr eines erneuten von Washington gesteuerten Militärputsches im Iran.

Daneben betreiben die amerikanischen Imperialisten aber auch verstärkt den Ausbau ihrer Positionen in den Staaten, die sie im Griff haben. Zu diesem Zweck ist Carter nach Kairo und Jerusalem geflogen. Der angebliche Friedensvertrag, um den dort gefeilscht wurde, dient nur dazu, Ägypten endgültig aus der arabischen Front gegen den Gangsterstaat Israel herauszubrechen. Mit der Annahme des Vertrags durch Kairo — so ist es ausdrücklich festgeschrieben — werden faktisch alle Beistandsabkommen, die Ägypten mit anderen arabischen Ländern verbindet, hinfällig. Das bedeutet eine ernste Schwächung des arabischen Lagers und eine Festigung der amerikanischen Bastion Israel, eine Ermunterung des zionistischen Gangsterstaates zu neuen Aggressionen gegen die arabischen Nachbarländer, da die Führer in Tel Aviv nun mit einem ägyptischen Widerstand nicht mehr zu rechnen haben.

Für Dollars betreibt Sadat immer weiter den Ausverkauf der arabischen Interessen, vor allem der gerechten Sache des palästinensischen Volkes, an die amerikanische Supermacht und die israelischen Zionisten. Für Dollars ist er sogar bereit, einen Teil der Aufgaben zu übernehmen, die früher das Schah-Regime wahrgenommen hat. Sadat selbst hat Washington angeboten, in die Rolle eines amerikanischen Gendarmen zu schlüpfen. So will er zum Beispiel die aus Oman abgezogenen iranischen Soldaten durch ägyptische ersetzen. Ägyptische Soldaten sollen die arabischen Brüder niedermetzeln, die sich gegen die amerikanische Oberherrschaft auflehnen und für die Unabhängigkeit ihrer Länder kämpfen.

Die amerikanischen Imperialisten haben diese reaktionären Pläne längst abgesegnet. Als Finanziers der ägyptischen Söldnertruppen wollen sie das Regime von Saudi-Arabien einspannen. Darüber hinaus verstärken sie gegenwärtig massiv ihre Waffenlieferungen an die von ihnen abhängigen Länder, vor allem Israel, Saudi-Arabien und Ägypten. Eine gewaltige Menge von militärischem Gerät, darunter Panzer und Kampfflugzeuge, im Werte von 400 Millionen Dollar wird jetzt auch — finanziert von den saudischen Scheichs — in den Nord-Jemen geschoben, der sich in einem Grenzkonflikt mit dem von Moskau beeinflußten Süd-Jemen befindet. Aber nicht nur neue massive Waffenlieferungen, auch der verstärkte Einsatz der amerikanischen Kriegsmaschine selbst ist kennzeichnend für die gegenwärtige Lage. Ein Flottenverband mit dem Flugzeugträger „Constellation“ wurde in Marsch auf die Küstengewässer am Persischen Golf gesetzt. Ein weiterer Verband soll folgen. Zwei Spionageflugzeuge des AWACS-Systems sind nach Saudi-Arabien beordert worden, um den Krieg im Jemen zu „beobachten“. Aus den zwischen Carter, Begin und Sadat geführten Geheimverhandlungen ist außerdem durchgesickert, daß dort über die Errichtung eines amerikanischen Militärflughafens auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel und eines Flottenstützpunktes im israelischen Hafen Haifa gesprochen wurde.



Demonstration gegen den Carter-Begin-Sadat-Pakt im von Israel besetzten Gaza-Streifen.

All diese Tatsachen machen deutlich, daß die amerikanischen Imperialisten mit allen Mitteln darangehen, ihren Einfluß im Nahen Osten zu sichern und auszubauen. Gleich zwei Minister aus Washington haben in den letzten Wochen offen mit Krieg für den Fall gedroht, daß die amerikanische Herrschaft über die Ölquellen des Nahen Ostens in Gefahr geräte. Aber das reaktionäre Komplott der amerikanischen Imperialisten und ihrer Lakaien ist eine Sache. Ihre Verwirklichung eine andere. Der historische Sieg des iranischen Volkes über die amerikanische Marionette Reza Pahlewi hat die Völker der ganzen Region in ihrem Kampf beflügelt und deutlich gemacht, daß es möglich ist, im revolutionären Kampf den imperialistischen Räubern und ihren Lakaien wuchtige Schläge zu versetzen.

Libanon: Streik gegen Ölmultis

Die Ölkonzerne, die sich gegenwärtig durch drastische Preiserhöhungen überall auf der Welt neue Superprofite erraffen, haben eine unglaubliche Provokation gegen die Arbeiter und Angestellten der libanesischen Ölindustrie gestartet. Mit dem Hinweis auf während der Kämpfe im Libanon erlittener Verluste kürzten sie Löhne und Gehälter um 50 (!) Prozent. Eine Aufhebung der Kürzung machten sie von der Genehmigung der libanesischen Regierung zu Preiserhöhungen im Libanon abhängig. Durch einen Streik im Ölsektor und die Drohung der Arbeiter mit einem landesweiten Generalstreik konnte der Angriff der Multis zurückgeschlagen und eine Anhebung der Löhne über den früheren Stand hinaus erkämpft werden.



Demonstration zum Internationalen Frauentag in Teheran

Massenaufmarsch in Teheran

Frauen demonstrieren für ihre Rechte

50.000 Frauen zogen am Sonnabend in einem machtvollen Demonstrationszug durch die Straßen der iranischen Hauptstadt Teheran. Sie forderten die Abschaffung der diskriminierenden Gesetze und gleiche Rechte für Frauen und Männer. Während des Aufmarschs kam es zu schweren Zwischenfällen, als reaktionäre Elemente die Frauen mit Schußwaffen und Messern angriffen.

Schon am vergangenen Donnerstag, anläßlich des Internationalen Frauentags, hatten Tausende von Einwohnerinnen Teherans für ihre Rechte demonstriert. Ihre Aktion richtete sich unter anderem auch gegen eine Anordnung der neuen Regierung, nach der weibliche Beschäftigte im öffentlichen Dienst den islamischen Körperschleier tragen müssen. Die iranischen Frauen waren in den Jahren der faschistischen Diktatur einer besonderen Unterdrückung ausgesetzt. Auf ihnen lastete nicht nur das Joch des Blutregimes, sondern auch die Last der reaktionären Gesetze und religiösen Vorschriften, nach denen die Frauen Menschen zweiter Klasse und völlig vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen waren. Bezeichnend für die Situation der Frauen ist die Tatsache, daß 73 Prozent von ihnen weder lesen noch schreiben können.

Aber die iranischen Frauen haben sich mit diesem Los nie abgefunden. Und ihr Kampf hat nicht erst mit den großen Demonstrationen der letzten Woche begonnen. Das wurde auch bei den Kundgebungen zum internationalen Frauentag deutlich. Mehrere Sprecherinnen erinnerten daran, daß in den großen Kämpfen der letzten Monate viele Frauen ihr Leben für die Sache der Revolution gegeben haben.

Die Aktionen der vergangenen Woche haben deutlich gemacht, daß sich die Frauen den Platz, den sie sich in den revolutionären Kämpfen erstritten haben, nicht streitig machen lassen. Ihre Demonstrationen reihen sich ein in die anwachsenden Kampfaktionen der iranischen Werktätigen zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften, gegen alle Versuche, im Iran das Rad der Geschichte wieder zurück zu drehen. Der herausragendste Ausdruck dieses Kampfes war in der vergangenen Woche eine Massendemonstration in der Stadt Ahmadabad, an der sich eine Million Menschen beteiligte. Der Anlaß für diese Demonstration war eine Feier zum Todestag des früheren iranischen Ministerpräsidenten Mossadegh.

Dieser bürgerlich-demokratische Politiker hatte vor einem Vierteljahrhundert die von den imperialistischen Monopolen beherrschte iranische Erdölproduktion verstaatlicht und eine Massenbewegung des Volkes unterstützt, die den Schah Reza Pahlewi das erste Mal aus dem Land jagte. Mit Hilfe der amerikanischen Imperialisten, die in einem CIA-gesteuerten Putsch die Regierung Mossadegh stürzten, konnte der verhaßte Monarch allerdings auf seinen Thron zurückkehren.

Die Massendemonstration von Ahmabad, eine der größten Kundgebungen der letzten Zeit, war eine mächtige Kampfansage an die Imperialisten und ihre Komplotte gegen das iranische Volk. Selbst bürgerliche Zeitungen werteten die Demonstration darüber hinaus auch als eine Warnung an die neue Regierung, sich nicht auf einen Schacher mit den imperialistischen Ausbeutern einzulassen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Schlaganfall? Schah grau, wie gelähmt



HEIM und WELT in aller Welt
Der todkranke Schah droht mit Selbstmord

Der heimatlose Herrscher ist nirgends gern gesehen
Aus dem umworbenen Schah wurde ein ungebetener Gast

Farah zittert um das Leben ihres Mannes
Ein deutsches Todeskommando jagt den Schah

Verzweifelter Schritt! Die Todesangst hat Farah und Soraya jetzt vereint

Kaiserin Farah kämpft um das Leben ihres Mannes
Der Schah ist todkrank: Er droht mit Selbstmord

Pro-Schah-Kampagne in Massenblättern

Sympathiewerbung für den Henker des Iran

Auch nach seiner Flucht ist der gestürzte Schah Reza Pahlewi der Liebling der reaktionären Boulevardpresse geblieben. Die Blätter präsentieren den Henker der Völker des Iran heute als tragischen „Herrscher ohne Land". In gewohnter Machart suchen sie die Gefühle der Leser für dieses üble Subjekt und das System, das er repräsentierte, zu gewinnen.

Zunächst einmal wird in den Blättern die iranische Revolution als das Werk von Teufeln verhetzt. „In Persien zurück blieben das Grauen und Chaos ohnegleichen", schreibt die „Frau aktuell". „Grausame Rachepläne" würden in dem nun herrscherlosen Land geschmiedet; „fürchterlich tönen die Drohungen", und vor allem wird die Forderung nach Auslieferung des Schah erhoben. Die Zeitschrift „die aktuelle" malt ihren Lesern in Wort und Bild sogar aus, was den Schah im Iran erwartet: „Vor einer Menschenmenge soll erst der Schah, dann Farah im Glaskäfig abgeurteilt werden."

Die Illustrierten lassen den Schah als einen gehetzten und gepeinigten Mann erscheinen. „Vorbei ist der Traum vom sorgenfreien Lebensabend mit Farah" („Neue Revue"). Depressionen, Durchblutungsstörungen, Schlaganfälle würden die Konstitution des Monarchen erschüttern. Von Selbstmorddrohungen und -versuchen gar ist die Rede. „Endet der Schah von Persien wie Bayerns König Ludwig II. in geistiger Umnachtung durch Selbstmord?", fragte „Bild" beklommen.

Nach den Darstellungen der Blätter haben schon längst die „letzten Getreuen" den Schah verlassen. Selbst Krankenhäuser lehnen es ab, den schwerkranken Mann zu behandeln. Die Schah-Familie befindet sich in einem d(solaten Zustand: „Ich sah Prinz Reza (12), die Prinzessinnen Fahranaz (15) und Laila (8) bedrückt zwischen Palmen am Swimmingpool sitzen", berichtet ein „Bild"-Reporter aus Marokko. Nur die klunkerbehangene Farah hält in „unwandelbarer Treue" die Situation noch aufrecht.

Die tränenselige Geschichte von der vertriebenen und bedrohten Kaiserfamilie wird von den Blättern noch durch zusätzliche und altbewährte Storys weiter aufbereitet. Da wird zum Beispiel die in zahllosen Jet-Set-Affären ausgeleierte Soraya, Exfrau des Schah, wieder aus der Versenkung geholt und mit dem „tragischen Schicksal" des Schah aufs neue verknüpft. Da wird weiter das Schreckgespenst des linken Terrorismus mobilisiert. „Ein deutsches Todeskommando jagt den Schah", weiß die „Neue Revue" zu berichten. Reza Pahlewi sei die „Wunschgeisel" des internationalen Terrorismus geworden.

Die Pro-Schah-Kampagne ist eine der übelsten Blüten, die die halbseidene Boulevardpresse bisher getrieben hat. Kein Staatsanwalt schreitet da ein! Die Sympathiewerbung für diesen Massenmörder und Verderber der Völker des Iran darf unverhüllt betrieben, die ungeheuerlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die er begangen hat, dürfen unbestraft verherrlicht und beschönigt werden. Kein Wunder, gehörte der Schah doch zu den besten Freunden der Herrschenden in diesem bundesrepublikanischen Staat!

Der Schah ist in Wirklichkeit alles andere als ein „armer Mann". In den über 25 Jahren seiner Herrschaft haben er und seine Clique das Letzte aus dem Volk herausgepreßt; sie häuften märchenhafte Reichtümer an, während das Volk buchstäblich im Elend versank. Allein ab dem November 1978 transferierten der Schah und seine Clique vier Millarden Mark ins Ausland, von 1973 ab waren es 20 Milliarden. Das Auslandsvermögen des Schah wird auf mehrere Milliarden Dollar geschätzt. Er besitzt Ländereien, Häuser, Schlösser und Luxusvillen in England, Mexiko, Italien, Spanien, Frankreich, in der Schweiz, der Bundesrepublik und den USA. Aktien, Obligationen, Gold und Kunstschätze, deren Wert den Wert des Immobilienbesitzes noch weit übersteigen dürfte, liegen in englischen, schweizerischen und US-amerikanischen Banken.

„Der heimatlose Monarch hat nur einen Trost"

„Mit Tränen in den Augen mußte der Schah am Fernseher miterleben, wie sein Reich in Flammen aufging. An eine Rückkehr war nicht mehr zu denken." „Die mörderischen Unruhen in Persien nehmen kein Ende. ... Eine gnadenlose Jagd auf die kaiserliche Familie hat begonnen." „Die fanatischen Anhänger des Ayatollah Khomeini lauern überall und sind zu allem fähig..." („Aktuell" 11/79)

●

„Kaiserin Farah ist heute, fern der Heimat, mehr oder minder ganz auf sich allein gestellt. Niemand vermag sie in ihrem Schmerz zu trösten und ihr die Sorgen abzunehmen. ... Er [der Schah] soll sich in einem erbärmlichen Zustand befinden: die Schultern vorgebeugt, mit zitternden Händen, den leeren Blick wie in weite Fernen gerichtet."
(„Heim und Welt" 10/79)

●

„Dann brach der Schah zusammen. Schlaganfall, wurde gesagt. Und kein Krankenhaus wollte den schwerkranken Mann aufnehmen. Lange Gespräche waren nötig, bevor die Mayo-Klinik in Rochester und die Wiener Universitätsklinik endlich zusagten. ... Der heimatlose Monarch hat nur einen Trost: Seine Frau Farah Diba (40) hält nach wie vor zu ihm und versucht, wo sie kann, ihm Mut zu machen."
(„praline" 10/79)

●

„Khomeini will restlos aufräumen — und alle haben. Nicht nur Kaiserin Farah und ihre unschuldigen Kinder, sondern auch Ex-Kaiserin Soraya! Jetzt, 20 Jahre nach der Scheidung, ist ihr Schicksal immer noch eng mit dem Schah verknüpft." „In solchen Tagen vergißt man Eifersucht und Leid. Darum hat Kaiserin Farah sich mit Soraya in Verbindung gesetzt. Die Todesangst hat sie miteinander vereint. Hinzu kommt die Sorge um den ernsten Gesundheitszustand des Schah."
(„Aktuell" 11/79)

Ölpest



Nachdem in der vorletzten Woche vor der Insel Kreta ein griechischer Tanker das Mittelmeer mit 95.000 Tonnen Rohöl verseucht hatte, kam es in der letzten Woche zu einem neuen Tankerunglück. An der südspanischen Küste, in der Bucht von Algeciras und Gibraltar, lief das britische Tankschiff „Grey Hunter" auf Grund. 20.000 Tonnen Schmieröl liefen aus.

Jede Woche ein Tankerunglück! In ihrer Jagd nach höchstmöglichen Profiten verseuchen die Öl- und Seefahrtskonzerne rücksichtslos Meere und Strände. In immer größeren, dünnhäutigen Tankern lassen sie immer größere Mengen Öl transportieren. Sie lassen diese Schiffe mit schlecht ausgebildeten Mannschaften unter sogenannten Billigflaggen fahren, um Steuer und Heuer zu sparen und um kostspielige Sicherheitsmaßnahmen zu umgehen. Auch im Falle eines Unglücks — die Pötte sind hochversichert! — machen die Konzernherren noch Geld. Die Zeche zahlen andere.

Das Bild zeigt bretonische Fischer im Kampf gegen eine Ölpest.

Tips

Samstag, 17. 3., 19.50 Uhr, Südwest III
Die Ermittlung. Fernsehspiel von Peter Weiss. „Die Ermittlung", ein „Oratorium in elf Gesängen", ist eine szenische Dokumentation über den Auschwitz-Prozeß; sie endet ohne Urteilsverkündung, doch werden die Nazi- und Kriegsverbrecher (und ihre Hintermänner wie zum Beispiel die IG-Farben) unerbittlich bloßgestellt.

***

Samstag, 17. 3., 20.15 Uhr, WDR III
Torquato Tasso. Schauspiel von Johann Wolfgang Goethe in einer Aufzeichnung aus dem Theater am Bremer Goetheplatz. Inszenierung: Peter Stein.

***

Montag, 19. März, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I
Der Untertan. Der Spielfilm von Wolfgang Staudte nach dem gleichnamigen Roman von Heinrich Mann ist eine ätzende Satire auf den ebenso erbärmlichen wie gemeingefährlichen Typ des untertanenseligen Bourgeois im wilhelminischen Deutschland. Der 1951 in der DDR gedrehte Film war bis 1958 in der Bundesrepublik verboten.

***

Montag, 19. März, 21.15 Uhr, WDR III
Toni. Der Spielfilm des französischen Regisseurs Jean Renoir aus dem Jahr 1935 schildert unmittelbar und lebensvoll das Leben der Arbeiter in Südfrankreich.

***

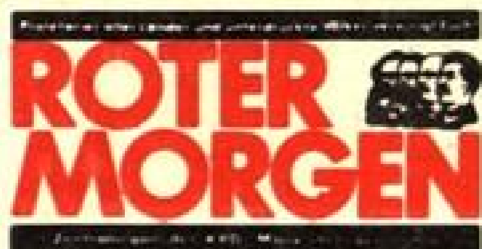
Mittwoch, 21. 3., 21.00 Uhr, Nord III
Gorleben. Untertitel: Vor der Entscheidung über das atomare Entsorgungszentrum.

***

Donnerstag, 22. 3., 22.00 Uhr, DDR-Fernsehen I
Ehe im Schatten. Antifaschistischer Spielfilm des Regisseurs Kurz Maetzig (DDR 1947). Der Film behandelt das tragische Schicksal des Berliner Schauspielerehepaars Gottschalk in der Nazi-Zeit. Joachim Gottschalk lehnte es ab, sich von seiner jüdischen Frau scheiden zu lassen; die Frau verzichtete auf die ihr mögliche Flucht ins Ausland, weil sie Repressalien gegen ihren Mann fürchtete.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... **Datum:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnemente).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

5100 **AACHEN**, Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 550623, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 624299, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461 / 29601.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17.00-19.00 Uhr, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 16507, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 854124, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 2607554, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo, Di, Do u. Fr 11.00-18.00, Mi 15.00-18.00 u. Sa 10.00-13.00 Uhr.